

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2018
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax: 0228 | 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: [@sefbonn](https://twitter.com/sefbonn)
Youtube: [sefbonn](https://www.youtube.com/sefbonn)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2019
Foto Cover und Foto S.3 rechts oben: Anja Schneider
Foto S.9 Deutsche Welle; alle anderen Fotos: sef:
Texte und Redaktion: Dr. Michèle Roth, Dr. Mischa Hansel,
Rebekka Hannes, Larissa Neubauer
Redaktion: Dr. Mischa Hansel
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Druck
Firma The Happy Printer, Bonn
Gedruckt auf zertifiziertem Papier – FSC und Blauer Engel

Inhaltsverzeichnis

sef: 2018

Editorial	3
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Ein gesellschaftliches Fundament für Global Governance	5
Neue Publikationsreihe: GLOBALE TRENDS. ANALYSEN	8
Schlaglicht: Die Freiheit des Internets	9

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Von der Agenda 2030 zum Politikwandel	10
Lokale Entwicklung neu denken.	12
Stärkung der sozialen Sicherung in Afrika	15
Schlaglicht: Welternährungspolitik	18

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Lokale Friedensarbeit als Fundament für dauerhaften Frieden	19
„Sustaining Peace“ – Herausforderungen für Demokratien	22
Schlaglicht: UN-Flüchtlingspakt	25

sef: Finanzen

Finanzbericht	27
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2018	28
Bilanz zum 31.12.2018	29

sef: Intern

sef: Vorstand	31
sef: Kuratorium.	31
sef: Beirat	32
sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	33
Kooperationspartner und Förderer	33
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2018.	34

• **sef: 2018**

Editorial

Die Präsidentschaft von Jair Bolsonaro in Brasilien, die Regierungsbeteiligung der Lega Nord in Italien, ein deutlicher Wahlsieg des Nationalkonservativen Viktor Orbán in Ungarn – auch im Wahljahr 2018 konnten rechtspopulistische Kräfte wichtige Erfolge feiern. Geschickt schüren sie Ängste vor Globalisierungs- und Identitätsverlusten und paaren diese mit Fremden- und oftmals auch Frauenfeindlichkeit sowie einem Feldzug gegen das in ihren Augen korrumpierte politische Establishment (dem sie in der Regel selbst angehören). Damit einher geht eine Ablehnung multilateraler Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen universeller Organisationen und Abkommen.

Wie kann unter diesen Voraussetzungen internationale Kooperation weiterhin gelingen? Wie können Frieden und nachhaltige Entwicklung gemeinschaftlich noch erfolgreich angegangen werden? Wie kann den Bevölkerungen die Notwendigkeit und der Wert von globaler Politikgestaltung vermittelt werden? Und wie können die Menschen selbst zu transnationaler Zusammenarbeit beitragen – oder im Sinne eines globalen Gemeinwohls ihre eigene Heimat nachhaltig und friedlich gestalten?



Renate Hendricks eröffnet das Bonn Symposium 2018

Diese Fragen zogen sich durch das Programmjahr 2018 der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:). Erste Antworten finden sich in diesem Jahresbericht. Abschließende Lösungen gibt es nicht. Die Suche nach neuen, den Zeiten angepassten Formen des Multilateralismus wird uns auch im Jahr 2019 und darüber hinaus begleiten.

Immer wieder ist uns im Berichtsjahr deutlich geworden, mit welcher Wucht die digitale Welt in-

zwischen unser reales Leben und die Politik von der lokalen bis zur globalen Ebene prägt – und welche Macht dem Internet innewohnt. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Freiheit des Internets immer stärker umkämpft wird – und sowohl politische, als auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte versuchen, ihren Einfluss im digitalen Raum zu erhöhen. Mit Blick auf die grenzüberschreitende Vision, die der Entstehung des Internets zugrunde lag, entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet rechtspopulistische Bewegungen besonders geschickt darin sind, Hass und Ablehnung im Netz zu schüren. Die Verrohung und die Manipulationen in den Online-Welten, die den Frieden innerhalb von Gesellschaften und darüber hinaus bedrohen, nur auf diese Kräfte zu beschränken, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Der Diskurs darüber, welche Konsequenzen die Digitalisierung auf Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt haben wird, steht erst ganz am Anfang – auch dies ist ein Thema, das uns weiter beschäftigen wird.

Die Formate, die uns dafür zur Verfügung stehen, haben sich im Berichtsjahr um zwei spannende Optionen erweitert. Fast zeitgleich konnten wir im Februar 2018 das Dresdner Forum für Internationale Politik sowie die Publikationsreihe GLOBALE TRENDS. ANALYSEN aus der Taufe heben. Mit dem Dresdner Forum bieten wir – gemeinsam mit der sächsischen Staatskanzlei, Engagement Global und der Stiftung Frauenkirche Dresden – nun auch in unserem Stifterland Sachsen einen jährlichen internationalen Dialog über aktuelle Herausforderungen globaler Kooperation an. Ergänzt wird die Fachkonferenz durch eine hochrangig besetzte öffentliche Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden.

Mit GLOBALE TRENDS. ANALYSEN ist unsere Nachfolgepublikation zu der Taschenbuchreihe GLOBALE TRENDS Wirklichkeit geworden, die über Jahrzehnte die zentrale Stiftungspublikation war. Auch die neue Reihe verantworten wir gemeinsam mit dem Institut für Entwicklung und Frieden. Themen und Autoren bestimmt neu ein internationaler Herausgeberkreis. Wie bereits die Vorgängerpublikation, nun aber in mehreren Einzelausgaben jährlich, ordnet GLOBALE TRENDS. ANALYSEN aktuelle Entwicklungen vor dem Hintergrund langfristiger Trends in der Weltgesellschaft ein. Auf der Grundlage von Daten und Fakten bietet die Reihe – wie hoffentlich auch unsere Arbeit insgesamt – Orientierung und Perspektiven für Politik und Gesellschaft in einer Zeit des Umbruchs und der Suche nach neuen Antworten.

Renate Hendricks
Vorsitzende des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

• **sef: Themen**

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Ein gesellschaftliches Fundament für Global Governance

Die anhaltende wirtschaftliche und technologische Globalisierung und die zunehmende Zahl grenzüberschreitender Herausforderungen haben in den letzten Jahrzehnten zu einem immer dichteren Geflecht aus inter- und transnationalen Kooperationsbeziehungen geführt. Aber diese Fortschritte sind gefährdet. Rechtspopulistische Kräfte auf der ganzen Welt nutzen gegenwärtig die Ängste vieler Menschen, die



Internationaler sef: Experten-Workshop 2018, Duisburg

einen Statusverlust aufgrund der Globalisierung und ihrer postnationalen Bewältigung befürchten. Diese Kräfte predigen eine „Our Nation First“-Ideologie und diskreditieren Global Governance als elitäres Projekt.

Im Rahmen des Internationalen sef: Expertenworkshop 2018 mit dem Titel „Goodbye to Elitism. Anchoring Global Governance in Societies“ suchten Expertinnen und Experten deshalb nach Strategien, um Global Governance stärker in den Gesellschaften zu verwurzeln. Vor dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit der Debatte um die „kosmopolitische Demokratie“ diskutierten sie aktuelle Trends – wie die zunehmende Mobilisierung von Städten, die Nutzung digitaler und sozialer Medien in der Weltpolitik und mehr Flexibilität bei globalen Vereinbarungen – im Hinblick darauf, welchen Beitrag diese zur „Bekämpfung des Elitismus“ in der globalen Politikgestaltung leisten können.

Ist der Kosmopolitismus gescheitert ...

Aus der Global-Governance-Perspektive gibt der stark wachsende nationalistische Populismus Anlass zur Sorge. Er zeigt, dass die Einbettung von Global Governance, trotz einer intensiven wissenschaftli-

chen Debatte über die Demokratisierung der Weltpolitik seit Anfang der 1990er Jahre, auf gesellschaftlicher Ebene relativ schwach geblieben ist. Diese Debatte basierte auf der Idee, dass Menschen, unabhängig von staatlichen Grenzen, Teil transnationaler politischer Prozesse werden sollen. Die Idee wurde durch einen Siegeszug der Demokratien in den 1990er Jahren vorangetrieben, wobei übersehen wurde, dass die Versprechen der Demokratie, insbesondere im Hinblick auf das soziale Wohlergehen, oft nicht eingehalten wurden.

Seit der Finanzkrise 2008 steigt der Anteil rechtspopulistischer Stimmen weltweit, auch wenn die Zahlen eine gewisse Volatilität aufweisen. Das Festhalten an der Demokratie nimmt ab; insbesondere junge Menschen halten die Demokratie nicht mehr für unerlässlich. Sie bleiben außerhalb formaler politischer Prozesse und nehmen nicht an Wahlen teil. Diese „Demokratiemüdigkeit“ auf nationaler Ebene wird von Rückschlägen in der internationalen Integration begleitet. Einige der prominentesten Beispiele sind der Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der Rückzug vieler, meist afrikanischer Länder aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), die Tendenz zur unilateralen Lösung von Handelsfragen und natürlich der Brexit.

Signalisieren diese Entwicklungen das Ende des Kosmopolitismus? Ein prominenter Ideengeber der kosmopolitischen Demokratie verneinte dies klar. „Was wir bisher erlebt haben, war Globalisierung, nicht Kosmopolitismus“, argumentierte er: „Kosmopolitismus wurde noch nicht versucht“. Während die Globalisierung oft außerhalb der demokratischen Kontrolle liege und nicht unbedingt eine Beteiligung am politischen Leben erfordere, bedeute Kosmopolitismus, dass der Einzelne als Weltbürger mit spezifischen Rechten und Pflichten handelt.

Eine andere Expertin kritisierte hingegen, dass sich der Kosmopolitismus bislang zu sehr auf Makroprozesse der Globalisierung und abstrakte Konzepte wie Menschen- oder Minderheitenrechte und zu wenig auf lokale Mechanismen und gelebte Erfahrungen der Menschen konzentrierte. „Ihm fehlt das Behagliche partikularer, lokaler Identitäten, das von populistischen Programmen so leicht erschlossen wird“, argumentierte sie.

... oder ist er die Antwort?

Andererseits könnte die kosmopolitische Demokratie als das große Versprechen, „die Anderen“ einzubeziehen, verstanden werden. Sie könnte die Antwort

auf die entscheidende Frage heutiger Konflikte sein: Wie kann man mit „den Anderen“ leben, wie kann man mit der Vielfalt umgehen? Bisher wurden zwei Antworten gegeben, die beide gescheitert sind: Assimilation (die zu Ungerechtigkeit und Gewalt führt)



Internationaler sef: Experten-Workshop 2018, Duisburg

und Multikulturalismus (dem eine gemeinsame Basis und Interaktion fehlt). „Vielfalt ist unvermeidlich. Wir müssen damit umgehen“, argumentierte eine Referentin. Sie forderte einen Kosmopolitismus, der die Vielfalt schätzt, aber den Fokus auf Gemeinsamkeiten legt. Ein Kosmopolit muss kein Weltbürger sein, aber er/sie muss in der Lage sein, sich mit anderen Menschen zu identifizieren. Daher sollten sowohl zivilgesellschaftliche Bewegungen, die das Zusammenleben und das Gemeinwesen fördern, als auch lokal-transnationale Begegnungen, die Solidaritätsnetze horizontal verbreiten, gestärkt werden.

„Lokale Regierungen müssen unermüdlich daran arbeiten, Brücken der Verständigung im Namen und zugunsten lokaler Gemeinschaften zu bauen – eine Aufgabe, die leichter gesagt als getan ist, in einer Welt, wo globale Bewegungen von Infrastruktur, Kapital und Menschen, globale Märkte und die Globalisierung als solche es zunehmend erschweren, eine lokale Gemeinschaft zu definieren und einzugrenzen.“



Anél du Plessis ist Professorin und Forschungsdirektorin der Research Unit „Law, Justice and Sustainability“ an der North-West University, Potchefstroom (SA)

Lesen Sie das vollständige Interview in der **sef: insight 8|2018** mit dem Titel „**City governments should be the agent of local communities.**“ **Interview with Professor Anél du Plessis on the foundations of the global urban governance narrative.**

Nationalität überwinden durch „globale“ Governance?

Ein konkretes Beispiel für solche horizontalen Netzwerke sind transnationale Städtenetzwerke, die sich zunehmend in internationale Politikprozesse einbringen. Doch führt dieses Engagement auch zu konkreten Ergebnissen? Ein positives Beispiel sind die detaillierten Aktionspläne zur Umsetzung des Pariser Abkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die viele Städte inzwischen ausarbeiten. Diese Städte können in der Praxis zu Spitzenreitern bei der Bekämpfung des Klimawandels werden. Sie handeln lokal als Reaktion auf konkrete Probleme, tun dies aber im Einklang mit der internationalen Debatte. So passen sie globale Normen an die lokale Ebene an.

Die Fähigkeiten der Städte, eine Rolle in der Global Governance zu spielen, werden jedoch durch eine Reihe von Faktoren eingeschränkt. Nationale Gesetzgebungen und finanzielle Restriktionen zählen dazu. Vor allem aber ist das multilaterale System auch weiterhin in erster Linie ein staatliches System. Es gibt „keinen Tisch für Vertreter/innen der lokalen Ebene bei den Vereinten Nationen“, wie es eine Expertin formulierte; ihre formelle Repräsentation ist noch unzureichend. Darüber hinaus droht Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die zu internationalen Konferenzen reisen, zu Hause negative Presse, da das transnationale Engagement nicht wertgeschätzt wird. Das liegt auch daran, dass es sich meist um Zusammentreffen globaler Eliten handelt. Viele Städtenetzwerke konzentrieren sich darauf, mit dem UN-System zu kommunizieren, was eine sehr spezifische Expertise erfordert.

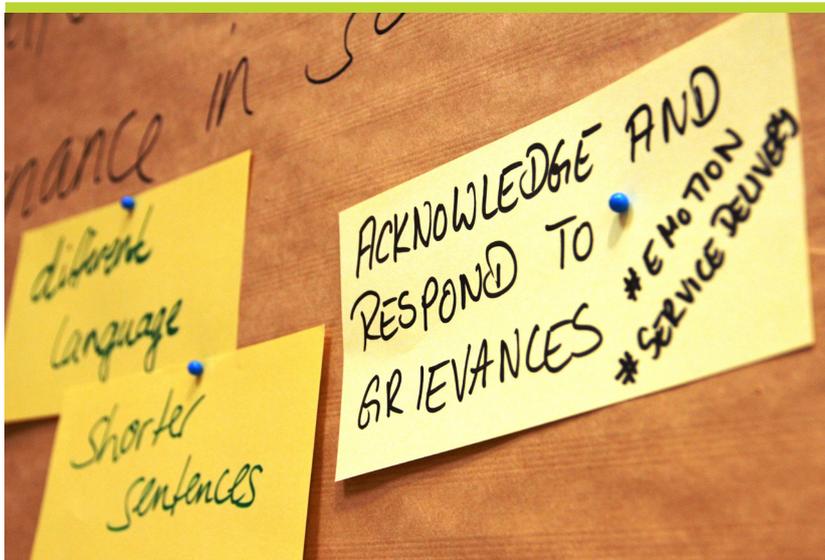
Digitale Medien: ein Wundermittel zur Erhöhung der Transparenz?

Ein zweiter Ansatz, globale Kooperation transparenter zu gestalten, könnte die Nutzung digitaler Medien sein. Der anfängliche Optimismus, dass digitale Kommunikation die Menschen weltweit zusammenbringen wird, hat sich indes in eine eher kritische Sichtweise verwandelt. Die Nutzung digitaler Medien konzentriert sich oft auf die eigene lokale Sphäre und/oder das eigene soziale Milieu; im schlimmsten Fall trägt sie dazu bei, Hass und Misstrauen zwischen verschiedenen Gemeinschaften zu säen.

Die Integration digitaler Technologien in den Arbeitsalltag internationaler Organisationen oder der Außenministerien sei denn auch eine große Herausforderung, erklärte ein Experte. In der Diplomatie sind insbesondere die sozialen Medien anfangs auf Widerstand gestoßen, da sie mit der Arbeit hinter verschlossenen Türen nicht vereinbar schienen. Inzwischen haben 90% der Staaten Twitter- und Facebook-Konten. Aber nur eine Handvoll Staaten wüssten, was sie damit tun, so der Experte weiter. Diese Analyse wurde von einem Praktiker unter-

stützt, der bestätigte, dass es für die Verwaltungen schwierig war, sich schnell an die neuen Medien anzupassen. Sie erforderten ein völlig anderes Verhalten in der Außenpolitik. Die eigentliche Herausforderung bestehe darin, soziale Medien strategisch und proaktiv zu nutzen, um das Narrativ einer liberalen internationalen Gesellschaft zu gestalten, Fake News entgegenzuwirken und präsent zu sein, anstatt anderen Raum zu geben.

Weitere Aspekte der Digitalisierung sind die elektronische Beteiligung und Entscheidungsfindung, die als mögliche Abhilfe für demokratische Defizite angesehen werden. Sehr oft gibt die E-Teilnahme den Bürgern jedoch nicht das Gefühl, dass sie gehört und ernst genommen werden, erklärte eine Expertin. E-Partizipation sei nur dann wirklich seriös, wenn sie Auswirkungen auf Entscheidungen habe. Daher sei es wichtig, die E-Teilnahme mit einer formalen Agenda oder einem Entscheidungsprozess zu verknüpfen.



Internationaler sef: Experten-Workshop 2018, Duisburg

Gemeinsame, aber differenzierte Governance?

In einem dritten Versuch, Wege zu finden, wie Global Governance besser in Gesellschaften verankert werden kann, wandte sich der Workshop der Frage zu, ob die Flexibilität von Governance-Bestimmungen ihre Akzeptanz vor Ort, ihre Effizienz und ihre Fähigkeit, mit globalen Herausforderungen umzugehen, fördern kann.

Die Debatte zeigte zunächst, dass die Risiken der Flexibilität zahlreich sind. Die inhaltliche Substanz und der Grad der Verpflichtungen werden von denjenigen herabgesetzt, die nicht an einer wirkungsvollen Lösung interessiert sind. Die Möglichkeit, bei Abkommen flexibel ein- und auszusteigen, untergräbt die Umsetzung und schafft nur die Illusion eines Fortschrittes. Ein Redner warnte deshalb davor, verstärkt auf Freiwilligkeit zu setzen und diese Vereinbarungen dann als Governance-Fortschritte darzustellen – wie

beim Pariser Abkommen oder den SDGs.

Aber Flexibilität kann auch anders gesehen werden. Sie mag nicht die Effizienz, aber die Legitimität erhöhen, so die Argumentation eines Experten. Sie erleichtert es den Staaten, überhaupt eine Einigung zu erzielen und die Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, argumentierte ein anderer Experte. Die Alternative wäre oft gar keine Einigung. Ein Paradebeispiel ist das Pariser Abkommen. Die Vereinbarung ist *bottom-up* aufgebaut und basiert auf dem Konzept, dass die Länder beliebige Beiträge einreichen können. Auch die für die SDGs charakteristische flexible Zielerreichung könnte ein Mittel sein, um globales Regieren in den Gesellschaften zu verankern. Denn Flexibilität bietet den Staaten die Möglichkeit, sich auf ihre eigene Art und Weise einzubringen – und könnte zu so etwas wie Best-Practice-Multi-Stakeholder-Vereinbarungen führen. Allerdings beinhalten diese Abkommen keinen Compliance-Mechanismus; die Fortschritte der Staaten bei der Erfüllung ihrer eigenen Rhetorik können nur durch *naming* und *shaming* verfolgt werden.

Global Governance in den Gesellschaften verwurzeln

Im abschließenden Roundtable wurden Strategien für die weitere Transnationalisierung und Demokratisierung von Global Governance diskutiert. Da wir uns in einer Übergangsphase befinden, sollten wir uns gedanklich von den bisherigen Ansätzen lösen und über künftige Formen von Governance-Strukturen und -Institutionen nachdenken, betonte ein Redner. Versteckte Machtfragen müssten angegangen werden, auch im Hinblick auf Multi-Stakeholder-Vereinbarungen. Erforderlich seien funktionierende Verfahren, um solche Vereinbarungen rechenschaftspflichtig zu halten und ihre Legitimität zu erhöhen.

Global Governance Spotlight 1|2018

Wirtschaft und Menschenrechte. Herausforderungen bei den Verhandlungen über ein UN-Abkommen

Carlos López



Seit 2014 verhandeln die Vereinten Nationen über ein mögliches verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Auf der Sitzung der UN-Arbeitsgruppe im Oktober 2017 wurden erstmals Elemente eines möglichen Abkommens diskutiert. Carlos López analysiert in der Ausgabe 1|2018 der Global Governance Spotlights den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und die zentralen Herausforderungen.

Damit Global Governance weltweit besser funktioniert und in den Gesellschaften verwurzelt ist, müssen auch die eurozentristischen normativen Grundlagen des Systems, das wir heute haben, hinterfragt werden, forderte ein anderer Redner. Damit Global Governance allen dienen kann, sei es notwendig zu akzeptieren, dass alle Kulturen gleichwertig sind.

Einigkeit bestand darüber, dass Führungskräfte, die sich auf der globalpolitischen Bühne bewegen – als Vertreter/innen von Staaten, Kommunen oder der

Zivilgesellschaft –, die gemeinsame Verantwortung haben, die Komplexität internationaler Kooperation in die Breite der Bevölkerung zu vermitteln. Ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang ist eine verständliche Sprache. „Sollen wir wirklich über Global Governance sprechen – oder besser über internationale Zusammenarbeit?“, fragte ein Praktiker. Das bedeutet nicht, durch den Verzicht auf Fachsprache die Inhalte aufzugeben. Im Gegenteil, es ist sehr wichtig, den Nutzen der internationalen Zusammenarbeit für die Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Neue Publikationsreihe: GLOBALE TRENDS. ANALYSEN

Anfang 2018 lancierte die sef: gemeinsam mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen eine neue Publikationsreihe: GLOBALE TRENDS. ANALYSEN. Mit der neuen Reihe wollen die beiden herausgebenden Institutionen in einer immer komplexer werdenden Welt Handlungsoptionen für die internationale Politik aufzeigen. Die Reihe ordnet aktuelle Ereignisse und Herausforderungen vor dem Hintergrund längerfristiger Trends ein, bereitet Fakten anschaulich auf und diskutiert Lösungsansätze. sef: und INEF knüpfen damit an die Tradition ihrer Buchreihe GLOBALE TRENDS an, die von 1991 bis 2015 erschienen ist.

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN präsentiert eine Vielfalt an politisch relevanten Themen aus den Bereichen Global Governance, Frieden und Sicherheit, Nachhaltige Entwicklung, Weltwirtschafts- und

Finanzordnung, Umwelt und natürliche Ressourcen. Internationale Autorinnen und Autoren werten neueste wissenschaftliche Erkenntnisse sowie eine Fülle an Daten und Fakten aus. Ziel ist es, komplexe Sachverhalte – auch mit Hilfe von Grafiken – anschaulich darzustellen.

Die Reihe zeichnet sich darüber hinaus besonders durch ihre Offenheit für Perspektiven aus verschiedenen Weltregionen aus. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird sie von einem internationalen Herausgeber-Team verantwortet.

Mit der neuen Publikation reagieren sef: und INEF auch auf veränderte Lesegewohnheiten. GLOBALE TRENDS. ANALYSEN wird drei- bis viermal jährlich im Broschürenformat sowie als Online-Publikation in deutscher und englischer Sprache erscheinen.

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2018

Kooperation in einer post-westlichen Welt: Herausforderungen und Perspektiven

Michèle Roth & Cornelia Ulbert



Die westlich geprägte liberale Weltordnung befindet sich in einer schweren Krise. Globale Machtverhältnisse verschieben sich. Was bedeutet dies für die Zukunft globaler Zusammenarbeit? Wie lässt sich der Wunsch nach mehr nationaler Eigenständigkeit in Einklang bringen mit Kooperationsnotwendigkeiten in einer globalisierten Welt? Können neue Governance-Konzepte dazu beitragen? Diese Fragen diskutieren Michèle Roth und Cornelia Ulbert in der ersten Ausgabe von GLOBALE TRENDS. ANALYSEN.

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 03|2018

Die globale Flüchtlingskrise: Wie eine gerechte Antwort aussehen könnte

B.S. Chimni



Mit dem Bestreben, Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten von ihren Territorien fern zu halten, entziehen sich die westlichen Nationen ihrer historischen und politischen Verantwortung, so die Analyse des renommierten indischen Migrationsforschers B.S. Chimni in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 03|2018. Indem sie es den armen und ärmsten Ländern der Welt überlassen, mit der steigenden Zahl an Flüchtlingen umzugehen, riskieren sie zudem, dass neue Krisenherde entstehen. Chimni fordert deshalb eine gerechte Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die globale Flüchtlingskrise.

Schlaglicht: Die Freiheit des Internets

In vielen Ländern und Weltregionen ist die Freiheit des Internets durch Regierungen oder Unternehmen bedroht. Aber es gibt auch positive Beispiele. In verschiedenen afrikanischen Ländern erproben Bürgerinnen und Bürger neue Wege, um Restriktionen durch Regierungen und Unternehmen zu begegnen. In Europa hat die Kampagne „Save the Internet“ eine schlagkräftige Bewegung initiiert, um die Netzneutralität zu sichern. Bei einem Workshop im Rahmen des



Deutsche Welle Global Media Forum 2018, Bonn

Deutsche Welle Global Media Forums im Juni 2018 fragte die sef: deshalb danach, wie digitale Rechte durch zivilgesellschaftliches Engagement verteidigt werden können und mit welchen Mitteln die Freiheit des Internets weltweit bewahrt werden kann.

Globale Debatte notwendig

Digitale Rechte sind zu fundamentalen Rechten eines jeden Einzelnen geworden. Zugleich gewinnen Versuche, das Internet mit dem Verweis auf nationale Sicherheit stärker zu überwachen, an Akzeptanz. Die Netzneutralität, also die Gleichbehandlung von Daten im Hinblick auf ihre Übertragungsgeschwindigkeit im Internet, ist vor allem durch wirtschaftliche Interessen bedroht. „Es scheint, dass niemand im Interesse des Nutzers spricht“, kritisierte ‘Gbenga Sesan, Geschäftsführer der nigerianischen Paradigm Initiative. Thomas Lohninger, Geschäftsführer von epicenter.works in Österreich, betonte, dass sich die Einschränkungen zwar von Land zu Land unterscheiden, „die Debatte über Netzneutralität und Internet-Freiheit muss aber global geführt werden.“

Das Engagement von ‘Gbenga Sesan für Internet-Freiheit hat seinen Ursprung in der Twitter-Kampagne um #bringbackourgirls, die sich für die Freilassung von 267 Mädchen einsetzte, die 2013 von Boko Haram entführt worden waren. Im Zuge der Twitter-Debatte wurde Sesan beschuldigt, die Ausdrucksweise von Terroristen gegenüber der Regierung zu

verwenden. Das nahm er zum Anlass, zusammen mit seinem Team der Paradigm Initiative eine „Deklaration für Internetfreiheit in Nigeria“ zu entwerfen. Um dem Papier zu Schlagkraft zu verhelfen, suchte er im Parlament nach Verbündeten für ein Gesetz über digitale Rechte und Freiheit. Nach intensivem Lobbying verabschiedete zunächst das Repräsentantenhaus und Anfang 2019 auch die Nationalversammlung ein solches Gesetz, das im März 2019 jedoch vom Präsidenten zurückgewiesen wurde.

Internetzugang als Grundbedürfnis

Die Kampagne „Save the Internet“ war eine Reaktion auf einen Entwurf der EU-Kommission für eine Verordnung zu Netzneutralität. Mit der Kampagne überzeugten Lohninger und seine Mitstreiter/innen das Europäische Parlament, den Vorschlag abzulehnen. Das bedeute aber nicht, dass das Internet „gerettet“ sei, so Lohninger: „In Europa gibt es Politiker/innen, die sich vor einem offenen Internet fürchten“. Die meisten Menschen seien sich nicht bewusst, wie viel Netzneutralität und Internetfreiheit für ihr Leben bedeuten würden, ergänzte ‘Gbenga Sesan. Das Internet sei inzwischen das Herzstück sozialer Beteiligung. Menschen, die sich kein Internet leisten könnten, seien von der öffentlichen Debatte ausgeschlossen. Eine Scheinlösung ist dabei der kostenlose Basiszugang, den Facebook in ärmeren Weltregionen anbietet. Er ermöglicht freien Internetzugang – aber nur über Facebook. In Indien gab es dagegen eine Kampagne, die u.a. mit Stand-up Comedians zusammenarbeitete, um die breite Bevölkerung zu erreichen, berichtete ein indischer Konferenzteilnehmer. „Zur Freiheit des Internets gibt es keine Alternative“, bestätigte Sesan.

GlobALE TRENDS. ANALYSEN 02|2018

Der UN-Sicherheitsrat: Vom Relikt des 20. Jahrhunderts zum effektiven Element der globalen Sicherheitsarchitektur

Jakkie Cilliers



Die dringend notwendige Reform des UN-Sicherheitsrates steckt seit Jahrzehnten in einer Sackgasse. Ohne umfassende Veränderungen wird der Sicherheitsrat zunehmend an Bedeutung verlieren. Doch in einer Zeit großer machtpolitischer Veränderungen ist Multipolarität ohne einen adäquaten Multilateralismus ein gefährlicher Trend. Jakkie Cilliers fordert in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 02|2018 deshalb ein politisches und intellektuelles Umdenken, um den Reformstillstand zu überwinden.

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Von der Agenda 2030 zum Politikwandel

Die Agenda 2030 steht für die Transformation aller Gesellschaften hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Um den notwendigen Politikwandel in Gang zu setzen, bedarf es umfassender Veränderungen auf allen politischen Ebenen und in allen politischen Ressorts. Wie kann es den Bundesländern gelingen, für die Gesamtheit der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ressortübergreifende Zielvorstellungen zu entwickeln? Welche Rolle spielen dabei Nachhaltigkeitsstrategien? Bedarf es neuer Strukturen zu deren Umsetzung? Und wie können die Bürgerinnen und Bürger für das Thema und einen aktiven Beitrag gewonnen werden? Mit diesen Fragen befasste sich die sef: im September 2018 sowohl im Rahmen eines Länderworkshops in Wiesbaden als auch bei einem Parlamentarischen Abend im Berliner Abgeordnetenhaus.

Nachhaltigkeitsstrategien: Wichtige Referenz oder Alibiübung?

Fast alle Bundesländer verfügen inzwischen über umfassende Nachhaltigkeitsstrategien, die in vielen Fällen im engen Bezug zur Agenda 2030 stehen.



Parlamentarischer Abend 2018 im Berliner Abgeordnetenhaus

Doch welchen Nutzen haben diese Dokumente? Die Meinungen unter den Länderexpertinnen und -experten waren geteilt. Umfassende Strategien würden den Beteiligten ein gutes Gefühl geben; je dicker das Strategiepapier, desto vager sei aber häufig die Politik. Zudem würden an den Strategieprozessen so viele Akteure beteiligt, dass die Verantwortung für die Umsetzung am Ende häufig nicht mehr zuzuordnen sei, so eine kritische Wortmeldung. Andere argumentierten, dass die Strategien oftmals auf vorhan-

dene Kompetenzen in den Gesellschaften setzten und diese förderten. Damit eröffneten sie Freiräume für das Handeln unterschiedlichster Akteure. Auch nach innen seien sie ein wichtiges Referenzdokument, auf das sich die Verwaltungen stützen könnten.

Einen alternativen Ansatz verfolgten Hessen und Baden-Württemberg. Ihre Nachhaltigkeitsstrategien sind als dauerhafter Prozess statt als einmalig verabschiedetes Dokument angelegt. Dadurch liegt der Fokus stärker auf der praktischen Umsetzung. Festgelegte Zielsetzungen und Indikatoren sind auch in diesen Fällen erforderlich, um Fortschritte zu messen und die Politik in die Verantwortung nehmen zu können. Eine regelmäßige Berichtspflicht ist dazu ein wichtiger Beitrag. So müssen in verschiedenen Bundesländern alle Ministerien in regelmäßigen Abständen einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen. Das ist mit einem großen Aufwand verbunden, zwingt die einzelnen Ministerien aber, das Thema ernst zu nehmen, so eine Referentin.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit für die SDGs

Entscheidend für einen Politikwechsel zu mehr Nachhaltigkeit ist die Mitwirkung aller politischen Ressorts. Klare Verantwortlichkeiten der einzelnen Ministerien sowie die Rückendeckung durch die politische Spitze zeigten sich in der Diskussion als entscheidende Erfolgsfaktoren. Wichtig ist es, so die übereinstimmende Position, dass das Thema in der Landesregierung hochrangig angesiedelt ist. Zudem muss das Wissen über die SDGs in den Länderverwaltungen gestärkt werden, z.B. indem bestehende Aktivitäten mit den SDGs verknüpft werden oder gezielte Fortbildungen angeboten werden. Plattformen zwischen den Ministerien sind ebenso wichtig wie interministerielle Leuchtturm-Projekte.

Als typisches Querschnittsthema, das diverse Ministerien miteinander verbindet, benannte eine Ländervertreterin Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Wichtiger Ausgangspunkt sei auch hier eine umfassende Strategie. In Hessen sei BNE inzwischen im Schulgesetz verankert; es gebe einen ressortübergreifenden Runden Tisch, an dem auch die Zivilgesellschaft beteiligt sei. Zudem sei ein landesweites Netzwerk aufgebaut worden, das eine intensive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch der Wirtschaft ermögliche. Dabei gebe es auch Interessenkonflikte, etwa wenn es um die Frage Klima vs. Ernährung gehe. In solchen Fällen sei gelegentlich ein Machtwort der Politik vonnöten.

Durch Strukturen das Engagement verstetigen

Idealerweise müsste die Nachhaltigkeitsabteilung in den Staatskanzleien bzw. Staatsministerien angesiedelt sein, um die Themen gebündelt voranzubringen, so eine weitere Ländervertreterin. Eine strukturelle Verankerung der Nachhaltigkeitspolitik helfe zudem, das Denken in Legislaturperioden zu überwinden. Administrationen stehen auch für Kontinuität. Deshalb sei es besonders wichtig, die Mitarbeitenden der Landesverwaltung in nachhaltiger Entwicklung zu schulen. Auch eine parlamentarische Verankerung kann hilfreich sein, da die meisten Abgeordneten über mehrere Wahlperioden dem Parlament angehören. Parlamente können die Regierungen und die einzelnen Ministerien durch entsprechende Beschlüsse auch zu regelmäßigen Berichten zwingen. Ein anderer Ansatz ist ein Nachhaltigkeitsbeirat, der bewusst asynchron zur Legislaturperiode berufen wird, wie etwa in Thüringen. Zugleich könnten eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit und eine Verständigung auf gemeinsame Eckpunkte dazu beitragen, dass das Thema einen politischen Machtwechsel überdauert, so eine weitere Anregung.

Mit neuen Narrativen psychologische Barrieren überwinden?

Für eine erfolgreiche Politik für nachhaltige Entwicklung ist es auch entscheidend, Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und sie zu motivieren, den notwendigen eigenen Beitrag zu leisten. Beliebt ist die Forderung nach einem positiven Narrativ, das nicht mit Katastrophenszenarien die Menschen für sich „gewinnt“ („Die Erde hat Fieber“), sondern durch seine Attraktivität. Doch Narrative als sinnstiftende und die Menschen verbindende Erzählung lassen sich nicht von oben verordnen. Sie werden

meist erst rückwirkend identifiziert, binden viele mit ein, müssen glaubwürdig sein und wirken vor allem langfristig. Auch ist es schwierig, ein positives Narrativ für weniger Konsum zu finden. Der Mensch sei auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse ausgerichtet,



sef: Länderworkshop 2018, Wiesbaden

erläuterte ein Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie in Wiesbaden: „Er will immer mehr“. Der Slogan „weniger ist mehr“ ziehe nicht. Hinzu kommt die Komplexität der Problemlagen. Sie überfordert das menschliche Gehirn, das einfache Lösungen liebt. Da es diese nicht gibt, sind Resignation und ein Gefühl der Ohnmacht die Folge.

„Wer seine Heimat liebt, zerstört sie nicht“

Was tun? Eine ehrliche und klare Sprache und mehr Informationen zu den tatsächlichen Entwicklungen sind ein erster Schritt, um die Bevölkerung in ihrem grundsätzlich hohen Umweltbewusstsein anzusprechen. Menschen müssten in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden, mahnte ein Teilnehmer. So sollte der abstrakte Begriff der Nachhaltigkeit weniger stark betont und z.B. eher auf die Förderung anderer Lebensstile fokussiert werden. Und auch die emotionale Ebene sei wichtig. Die Menschen müssten wieder eine Beziehung zur Natur aufbauen; die zunehmende Digitalisierung bewirke das Gegenteil. Hilfreich könnte es sein, den Blick verstärkt auf die lokale Ebene zu richten, argumentierte eine Rednerin. Kommunen und noch kleinere Einheiten – wie Nachbarschaften – böten mit erlebbaren Projekten den (Nähr-)Boden für nachhaltigen Wandel. Das Narrativ dazu könnte lauten: „Wer seine Heimat liebt, zerstört sie nicht“. Entsprechend könnten sich Städte und Regionen auch selbst ein attraktives Narrativ geben: So schlug eine Referentin beim Parlamentarischen Abend vor, Berlin solle sich als Innovations-Hub für Nachhaltigkeit definieren, als „green valley“ statt als Silicon Valley, als „grün und groovy“ statt „arm, aber sexy“.

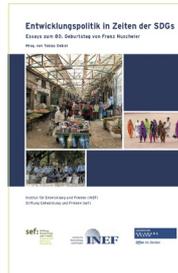
Essayband zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler

Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs

Tobias Debiel (Hrsg.)

Sonderband der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) und des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF)

Wohin führt Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs? Bahnt die Agenda 2030 einen neuartigen Weg, die Weltgesellschaft sozial, ökologisch, wirtschaftlich und politisch nachhaltig zu gestalten? Oder befindet sich Entwicklungszusammenarbeit auf dem Holzweg? Spannende und teilweise kontroverse Antworten von rund 40 Autorinnen und Autoren können sie in dem Franz Nuscheler gewidmeten Band nachlesen.



Lokale Entwicklung neu denken

Für die „Transformation unserer Welt“ hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, zu der sich die UN-Mitgliedstaaten mit der Agenda 2030 verpflichtet haben, ist das Handeln auf lokaler Ebene ein entscheidender Faktor. Über den Beitrag von Städten und Kommunen, aber auch Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Umdenken tauschten sich Fachleute aus verschiedenen Weltregionen beim Bonn Symposium im November 2018 aus.

Der Wandel muss „von unten“ kommen

Der Wandel hin zu Nachhaltigkeit erfordere vor allem individuelle Anstrengungen und einen kulturellen Wandel. Regierungen könnten diesen Wan-



Bonn Symposium 2018

del nicht anstoßen, da ihnen in vielen Ländern das Vertrauen der Menschen immer mehr fehle, betonte Namhla Mniki-Mangaliso, Direktorin von African Monitor, Kapstadt, in ihrer Eröffnungsrede. Für eine effektive Problemlösung empfahl sie, den Blick auf die Gemeinschaftsebene zu richten. Gerade arme Gemeinschaften müssten agil und innovativ sein, um zu überleben. Das führe zu erstaunlicher Weisheit. Es gehe deshalb darum herauszufinden, was in lokalen Gesellschaften funktioniert und dieses in größerem Maßstab umzusetzen. Armut zu beseitigen sei nichts, was die Mächtigen für die Armen tun sollten – das sei ein paternalistischer Ansatz. Statt Lösungen zu präsentieren, gehe es darum, einen Dialog zu beginnen und die Lösungen zu verstehen, die von den Menschen vorgeschlagen werden. Menschen rund um den Globus würden alternative Systeme der Wertschöpfung und neue Märkte schaffen, z. B. durch Online-Plattformen für neue Formen des Lernens.

Von der Wissensproduktion zur gestaltenden Forschung

Das Wissen jedes Einzelnen ist auch in der Forschung lange unterschätzt worden. Prof. Dr. Ulli Vilsmaier von der Leuphana Universität Lüneburg forderte deshalb neue Allianzen für eine forschende Gemeinschaft, die der Fragmentierung in der Wissensproduktion und in den Gesellschaften entgegenwirkt. Zwar sei Spezialisierung notwendig, sie führe in manchen Bereichen aber auch zu Orientierungslosigkeit. Wie die Politik müsse sich auch die Forschung für andere Erfahrungskontexte öffnen. Jeder Mensch könne seinen Erfahrungsschatz einbringen. Wissensproduktion und gesellschaftliche Gestaltung sollten deshalb näher zusammenrücken. Dieser Grundgedanke erfordere neue Wege der Forschung, sei aber auch für die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und für Institutionen eine Herausforderung. Wenn Stadtverwaltungen sich als forschende Einrichtung betrachteten, wecke dies bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Befürchtungen einer zusätzlichen Arbeitsbelastung. Sich selbst nicht nur als verwaltende oder pflegende Person zu begreifen, sondern als verwaltend-forschende oder pflegend-forschende habe aber eine emanzipatorische Wirkung. Der Weg zur transformativen Forschung sei weit, aber gerade auf lokaler Ebene könne er experimentell angegangen werden. Die SDGs böten hierfür einen geeigneten Rahmen.

Verschlossene Türen oder mangelndes Interesse?

Junge Menschen müssten ein besonders großes Interesse haben, aktiv zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Ihr Engagement ist vielfältig, oft inno-

„Es gibt viele Menschen auf dem afrikanischen Kontinent, die sich engagieren möchten. Was uns fehlt sind nicht Akteure und Handelnde. Wir müssen nur Wege finden, die Fähigkeiten solcher Organisationen viel stärker zu unterstützen und auszubauen.“



Namhla Mniki-Mangaliso ist Direktorin von African Monitor (AM), einer Organisation, die gegen den Ausschluss benachteiligter und armer Menschen in Afrika kämpft und die Umsetzung der SDGs auf dem Kontinent begleitet.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 10|2018 mit dem Titel **“We have to create demand for better governments“**. Interview mit Namhla Mniki-Mangaliso über die Stärkung der Zivilgesellschaft in Afrika. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

vativ und kreativ. In etablierten politischen Gremien und Prozessen finden sich jedoch kaum jüngere Menschen. Einen wichtigen Grund dafür machte Dr. Simon Bujanowski, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksvertretung Köln-Porz, im gesellschaftlichen Wandel aus, der einher gehe mit der Erwartung,



Bonn Symposium 2018

dass alles schnell verfügbar und kommunizierbar sei. Das gelte aber nicht für politische Prozesse – aus gutem Grund, denn sie sollten inklusiv gestaltet und gründlich vorbereitet sein. Die Wissenschaftlerin Claire Gillette sah die Ursache eher darin, dass jungen Menschen der Zugang zu politischen Ämtern verwehrt werde. Sie suchten sich deshalb andere Formen des Engagements. Um mehr junge Menschen in die Politik zu bringen, müssten sich beide Seiten bewegen, so Bujanowski. Die politischen Gremien müssten sich umorientieren und stärker auf junge Leute zugehen. Ein anderer Weg sei eine verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen, die genutzt werden könnte, um zu informieren oder auch um Bürgeranträge vorzubereiten. Und natürlich müssten auch die jungen Menschen verstärkt Bereitschaft zeigen, sich in formalen politischen Prozessen für ihre Belange einzusetzen.

Bringt die Wirtschaft den Wandel?

Auch die Wirtschaft gehört zu den Akteuren, die für eine erfolgreiche Transformation zu nachhaltiger Entwicklung entscheidend sind. Eine Vorreiterrolle könnten kommunale Unternehmen einnehmen, die schon von ihrer Anlage her dem öffentlichen Gemeinwohl dienen sollten. Wie Miriam Danne vom Verband Kommunaler Unternehmen berichtete, sind kommunale Unternehmen bereits vielfältig aktiv, z.B. im Bereich der E-Mobilität oder der Abfallvermeidung. Allerdings müssten auch sie unternehmerisch denken und handeln.

Colisile Tfwala, die im Stadtrat von Mbabane für lokale Wirtschaftsentwicklung zuständig ist, sah einen Schlüssel in Partnerschaften zwischen der

Wirtschaft und kommunalen Akteuren. Als Beispiel nannte sie ein von der EU-gefördertes Projekt zur Minimierung von Abfall. Ziel sei es, Abfall zu nutzen, um Einkommen zu generieren. Eine Erkenntnis aus diesem Prozess sei es gewesen, dass für eine erfolgreiche Umsetzung ein staatlich gesetzter Rahmen unabdingbar sei; so sei eine Verordnung zur Abfalltrennung Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts. Politik, Verwaltung und die Wirtschaft müssten gemeinsam an förderlichen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften arbeiten. Ebenso wichtig sei es, den Dialog mit der Bevölkerung zu pflegen.

Ehrenamtliches Engagement als Pfeiler lokaler Nachhaltigkeit

Die Stadt Eltville am Rhein ist als eine der nachhaltigsten Städte Deutschlands ausgezeichnet worden. Was ist ihr Erfolgsrezept? Um Nachhaltigkeit sollte kein großes Aufheben gemacht werden, sie sollte eine Selbstverständlichkeit sein, erläuterte Elttilles Bürgermeister Patrick Kunkel. Den meisten Menschen in Eltville gehe es gut, aber eben nicht allen. Aufgabe der Stadt sei es, darauf zu achten, dass die Gesellschaft nicht auseinanderfalle und das Gleichgewicht in der Bürgerschaft sowie das Engagement der Bevölkerung für ihre Gemeinde erhalten blieben. Auch sein Kollege aus Klixbüll in Schleswig-Holstein, Bürgermeister Werner Schweizer, sah im Engagement der Bürger/-innen einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg. Begegnungen vor Ort seien ein wichtiger Initiator für Engagement. Klixbüll habe deshalb extra einen Haushaltstitel für Begegnung eingeführt. Denn je weniger Engagement es gebe, desto mehr

„Städte sollten sich immer bewusst sein, dass lokale Wirtschaftsentwicklung kein Projekt, keine einmalige Angelegenheit ist; das wäre nicht nachhaltig. Bei lokaler Wirtschaftsentwicklung geht es um Nachhaltigkeit; es geht also um einen ganzheitlichen Ansatz, der alles umfasst, was eine lokale Behörde tut. Entsprechend muss sich die Denkweise ändern. (...) Es geht um eine umfassende Veränderung der Herangehensweise, die zur ‚Lebensweise‘ der Kommunen werden muss.“



Colisile Tfwala ist leitende Angestellte für das Programm zur lokalen Wirtschaftsentwicklung im Stadtrat von Mbabane, der Hauptstadt von Eswatini (vormals Swaziland).

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 12|2018 mit dem Titel „It’s not a project, it’s a way of life“. Interview mit Colisile Tfwala über die Einbindung der Wirtschaft für lokale nachhaltige Entwicklung. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

Funktionsverluste folgten daraus und desto größer würden die Glaubwürdigkeitsverluste in den Staat, die schließlich zu Staatsverdrossenheit führten.

Erschwert wird das kommunale Engagement für Nachhaltigkeit durch eine fehlende Unterstützung übergeordneter Ebenen. Den Kommunen fehlt es an Geld – für erfolgreiches Sparen werden sie bestraft statt belohnt, da dann der Zuweisungsschlüssel gekürzt wird. Zwar gebe es viele Förderprogramme, erläuterte Bürgermeister Kunkel. Die Förderlandschaft sei aber sehr unübersichtlich und umständlich. Darüber hinaus mangle es an der Vernetzung der Bürgermeister und Kommunen untereinander. Es wäre sinnvoll, viel mehr voneinander zu lernen. Wünschenswert wäre eine Art „Handwerkskoffer“ mit praktischen Anleitungen und Beispielen für Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030.



Bonn Symposium 2018

Für die Menschen auf dem Land seien viele Nachhaltigkeitsthemen weit weg, berichtete Thorsten Krüger, Bürgermeister von Geestland. Nur knapp 5% der Kommunen beschäftigten sich mit der Agenda 2030. Wir müssten uns und die Menschen vor Ort fragen, ob etwas unser Geld kostet – oder unsere Zukunft. Es gebe im ländlichen Raum auch viele positive Elemente, die entdeckt und weiterentwickelt werden müssten, betonte Elke Selke, Agenda 21 Koordinatorin im Landkreis Harz. Wichtig sei es, Ideen, die von den Menschen kommen, aufzunehmen und zu unterstützen. Als Beispiel nannte sie das Projekt des genossenschaftlichen Dorfladens in Dersheim, der das Dorf völlig verändert und die Menschen vor Ort zusammengebracht habe. Auch hier sei die ehrenamtliche Arbeit ein zentraler Baustein.

Mit dynamischen Strukturen zu einem dauerhaften Wandel

Abschließend empfahl Dr. Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU),

Berlin, die SDGs als wichtigen Kompass zu nehmen und nicht zu sehr an existierenden Strukturen festzuhalten. Manche Strukturen seien Teil des Problems, sie verhinderten den notwendigen Wandel; diese Strukturen sollten beseitigt werden; andere könnten angepasst und geschickter genutzt werden. Ahmed AbuLaban, Stadtdirektor von Ramallah, betonte hingegen die Bedeutung starker Strukturen für nachhaltige Städte. Nur mit effektiven städtischen Strukturen seien die SDGs erreichbar. Diese Strukturen müssten jedoch dynamisch sein. Am Beispiel Ramallahs, das überregional als Modellstadt gilt, machte er deutlich, dass gerade unter schwierigen Bedingungen die Menschen besonders kreativ werden, um Herausforderungen zu überwinden. Auch er betonte die Bedeutung partizipativer Elemente in Planungsprozessen. Um Nachhaltigkeit in die städtischen Administrationen zu bringen, empfahl er eine übergeordnete städtische Agenda mit sektoralen Strategien und jährlichen Aktionsplänen zur konkreten Umsetzung.

Auf der lokalen Ebene sei es einfacher umzusteuern und Institutionen neu zu erfinden als auf der nationalen, ergänzte Göpel. Das nationale demokratische System Deutschlands beispielsweise sei komplett überfordert, die Transformation zu gestalten. Die Politiker/innen seien nicht die innovativen Kräfte, obwohl es in ihrer Macht stünde, z.B. eine CO₂-Steuer einzuführen.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass innovative Strukturen eine neue Unternehmenskultur auch in den Kommunalverwaltungen erfordern. Diese sei nicht einfach von heute auf morgen umzusetzen und bedürfe der Kompromisse innerhalb der Institutionen. Wichtig sei es zu erläutern, warum sich Dinge verändern müssen und wie sie besser funktionieren können. Anstöße könnten auch in Form eines „heimlichen Zuflüsterns“ von Ideen gelingen, die dann von Verwaltungen als eigene Ideen weitertransportiert werden. Die Transformation zu Nachhaltigkeit müsse das Modernisierungsprojekt des 21. Jahrhunderts werden – mit dem Slogan „Niemanden zurücklassen“.

Weitere sef: insights zum Bonn Symposium 2019

sef: insight 9|2018

„A sustainable city needs sustainable institutions“

Interview mit Ahmed AbuLaban über Ramallah als regionales Modell für Nachhaltigkeit

sef: insight 11|2018

„We are the voice of young people in urban sustainability“

Interview mit Nick Ngatia über Nairobi Urban Creators

Stärkung der sozialen Sicherung in Afrika

Soziale Sicherung ist ein Menschenrecht – und ein wichtiges Instrument zur dauerhaften Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Für mehr als 70% der Weltbevölkerung ist dieses Recht jedoch keine Realität. Afrika ist der Kontinent mit dem schlechtesten Zugang zu sozialer Sicherung. In den



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2018

letzten Jahren wurde eine Vielzahl von Initiativen zur Verbesserung der Situation auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene ergriffen. Wie erfolgreich sind sie und was sind die damit verbundenen Herausforderungen? Welche Art von Unterstützung kann die internationale Gemeinschaft leisten? Und ist eine universelle soziale Sicherung bis 2030 ein realistisches Ziel?

Rund 80 politische Praktiker/innen sowie Vertreter/innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft diskutierten diese Fragen im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche zum Thema „Soziale Sicherung in Afrika stärken. Nationale, regionale und internationale Strategien“ im April 2018.

Fürsprecher für universelle soziale Sicherung

Die internationale Gemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 eine universelle soziale Sicherung (Universal Social Protection, USP) zu erreichen. Dazu sollte USP in möglichst vielen Ländern im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen, sagte Valérie Schmitt von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Potsdam. Markus Kaltenborn, Professor für Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, verwies auf die Idee der Einrichtung eines Globalen Fonds für soziale Sicherung. Damit könnte einkommensschwachen Ländern geholfen werden, die einen erheblichen Teil ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Finanzierung eines sozialen Sicherungsniveaus bereitstellen müssen.

So lobenswert diese Initiativen auch erscheinen – sind sie realistisch oder nur Wunschdenken? Für Professor Henning Melber, Präsident der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), liegt das Problem bei der bestehenden und wachsenden Ungleichheit. Er forderte daher, dass die soziale Sicherung als Instrument zur Bekämpfung der Ungleichheit anerkannt wird: „Solidarität sollte das Leitprinzip sein. Bei sozialer Sicherung sollte es darum gehen, in die Kreativität und Würde der Menschen zu investieren.“

Lokal angepasste Lösungen erforderlich

Soziale Sicherung verringert Risiken und Vulnerabilität und ist gleichzeitig eine Investition in die Zukunft der Menschen und der Gesellschaft als Ganzes. Sie ist daher „sowohl ein Recht als auch ein Instrument zur Stärkung jedes Menschen“, betonte auch Ebenezer Adjetey-Sorsey, Direktor von HelpAge Ghana und Vorsitzender der Afrika Plattform für Soziale Sicherung in seiner Eröffnungsansprache. In vielen Fällen erreichen Instrumente der sozialen Sicherung jedoch aufgrund von Korruption, mangelnden Kapazitäten oder Bereitstellungsproblemen die Bedürftigen nicht. Für Adjetey-Sorsey ist der Hauptgrund, dass die soziale Sicherung in Afrika nach wie vor weitgehend auf Geberfinanzierung angewiesen ist. „Es nimmt den Regierungen und regionalen Initiativen das Engagement“, kritisierte er. Afrikanische Einrichtungen würden oft von den Strategien ihrer Geber, nicht aber von ihren eigenen nationalen Agenden bestimmt. Infolgedessen würden nationale Sozialpolitiken aus anderen Weltregionen oder Ländern mit völlig ande-

„Wir treten für ein SADC-weites Grundeinkommen ein, das hauptsächlich durch eine Steuer auf Rohstoffe finanziert wird. (...) Dabei geht es nicht nur darum, die Kluft zwischen Arm und Reich zu überbrücken. Vielmehr gilt es, gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Bürger zu schaffen und ihnen Räume zu eröffnen, sinnvoll an den wirtschaftlichen Strukturen ihrer Länder zu partizipieren.“



Nkateko Chauke arbeitet als Forschungskoordinatorin für die Open Society Foundation für Südafrika (OSF-SA) in Kapstadt.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 3|2018 mit dem Titel „**Mining in Africa has not worked for its people**“. Interview mit Nkateko Chauke zu einem Grundeinkommen im südlichen Afrika. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

ren Kontexten repliziert, anstatt auf jedes afrikanische Land zugeschnittene soziale Sicherungsansätze zu entwickeln.

Mobilisierung nationaler Ressourcen entscheidend

„Soziale Sicherung ist bezahlbar“, betonte Adjetey-Sorsey. Um sie zu priorisieren und die notwendigen Ressourcen zu generieren, müsste sie in die nati-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2018

onalen Entwicklungspläne aufgenommen werden. „Manchmal vergessen wir, dass wir die Kapazitäten selbst haben“, sagte er. Alexander Pick, Finanzökonom im OECD-Entwicklungszentrum, wies darauf hin, dass Afrika seine sozialen Sicherungsausgaben in den nächsten Jahren angesichts des niedrigen Durchschnittsalters der afrikanischen Gesellschaften deutlich erhöhen muss. Die Länder müssten Finanzierungswege finden und bestehende Pfadabhängigkeiten und konkurrierende Prioritäten in den nationalen Haushalten in Frage stellen. Er warnte vor einer übermäßigen Abhängigkeit von indirekter Besteuerung, da sie die Ungleichheit verstärken könnte.

„Es ist sehr wichtig, woher das Geld kommt“, betonte auch Dr. Francesca Bastagli, Leiterin des Programms „Soziale Sicherung und Sozialpolitik“ am Overseas Development Institute (ODI). Ihre Forschung zeigt einen positiven Zusammenhang zwischen der Mobilisierung heimischer Ressourcen und den Entwicklungsergebnissen der sozialen Sicherung. Steuern seien ein potentielles Instrument der Finanzierung, das zu einer erhöhten Rechenschaftspflicht von Staaten führe, da die Steuerzahler bessere Leistungen für ihre Beiträge verlangten. Auch sie warnte allerdings vor indirekten oder Verbrauchssteuern, die zulasten der Ärmere gehen. Dadurch würde die Umverteilungswirkung der sozialen Sicherungssysteme aufgehoben. Direkte Steuern und Arbeitgeberbeiträge seien deshalb die bessere Lösung.

Graduierung aus der Armut

Ein relativ neues Konzept, das die soziale Grundversicherung mit der beruflichen Bildung und anderen, z.B. finanzielle Dienstleistungen verbindet, ist der so genannte Graduierungsansatz. Der Ansatz wurde zunächst von BRAC International in Bangladesch eingesetzt. Raania Rizvi, Leiterin des Ultra Poor-Programms von BRAC, erklärte, dass die Teilnehmenden durch technische Fortbildung und soziale Coachings unterstützt werden, welche auf das Unternehmen zugeschnitten sind, das sie aufbauen wollen. Sie erhalten Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, werden in einen Sparmechanismus eingeführt und in lokale Gemeinschaftsgruppen integriert. In Bangladesch hat BRAC 1,6 Millionen Haushalte erreicht, die jeweils über einen zweijährigen Zeitraum unterstützt werden. In Afrika führt BRAC derzeit ein Pilotprojekt mit 1.650 Haushalten in Uganda mit dem Schwerpunkt Geflüchtete durch.

Concern Worldwide hat den BRAC-Ansatz angepasst: Die Organisation kombiniert Kompetenztraining mit einem einzigen Geldtransfer zur Gründung des während des Trainings identifizierten Unternehmens. Zusätzlich haben sie das Element der einjährigen Verbrauchsunterstützung hinzugefügt. „Extrem arme Menschen können nur dann an dem Programm teilnehmen, wenn sie sich keine Sorgen machen müssen, was sie heute oder morgen essen sollen“, betonte Regine Kopplow, Senior Beraterin bei Concern Worldwide.

Derzeit werden Graduierungsprogramme hauptsächlich von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Malawi ist eines der ersten Länder, das diesen ebenfalls Ansatz verfolgt. Auslöser war, dass das seit 2006 durchgeführte nationale Sozialhilfeprogramm gefährdete Gruppen nicht ausreichend erreichte. Als Reaktion darauf startete die malawische Regierung Pilotprojekte, bei denen Bargeldtransfer und Ausbildung kombiniert werden. Für Bessie Msusa, Chefökonomin in der Abteilung für Armutsbekämpfung

„Feministische Analysen weisen darauf hin, dass Frauen in Sozialhilfeprogrammen tendenziell überrepräsentiert sind. In der Sozialversicherung sind sie jedoch tendenziell unterrepräsentiert.“



Raquel Tebaldi ist Wissenschaftlerin am International Policy Centre for Inclusive Growth (IPC-IG) in Brasilia.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 4|2018 mit dem Titel „**Women are under-represented in social insurance**“. Interview mit Raquel Tebaldi zur Rolle von Gender in sozialer Sicherung. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

und soziale Sicherung des Ministeriums für Finanzen, Wirtschaftsplanung und Entwicklung in Malawi, ist das Engagement der Gemeinschaft entscheidend für die Programmakzeptanz. Obwohl die durch das Programm erreichten Menschen weiterhin gefährdet sind, haben sich die Ergebnisse in den Bereichen Ernährung, Bildung und Gesundheit verbessert. Arbeitseingeschränkte, ultra-arme Haushalte würden jedoch eine Herausforderung für einen solchen Graduierungsansatz darstellen.

Dr. Keetie Roelen, Vize-Direktorin für soziale Sicherung am Institute of Development Studies (IDS), nannte den relativ kurzen Zeitrahmen und die Fokussierung auf die Haushaltsebene als die wichtigsten Bedenken gegen den Graduierungsansatz. Langfristig seien die Teilnehmenden oft nicht in der Lage, das durch das Programm erreichte Niveau zu halten – aber sie würden an Widerstandsfähigkeit gewinnen.

Kommunikation zwischen Staat und Bürgern entscheidend

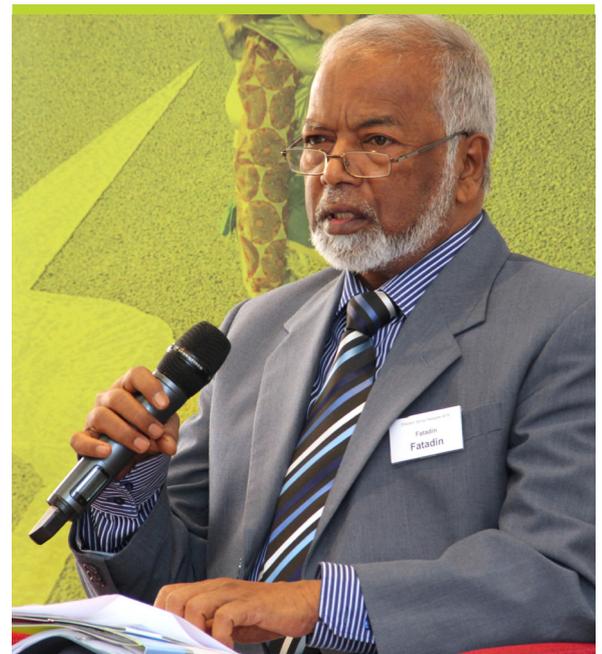
Beitragspflichtige Sozialversicherungen zielen darauf ab, so viele Risiken wie möglich abzudecken. Mauritius hat das umfassendste, durch Steuern und Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte Sozialschutzsystem in Afrika aufgebaut. So hat beispielsweise jeder Mensch im Alter von 60 Jahren einen Rentenanspruch von rund 180 US-Dollar pro



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2018

Monat, und es gibt eine flächendeckende beitragspflichtige Krankenversicherung. Der Haushalt des Ministeriums für soziale Sicherheit, nationale Solidarität und Umwelt und nachhaltige Entwicklung macht etwa 12% des nationalen BIP aus; insgesamt gibt Mauritius 33% des BIP für Sozialprogramme, einschließlich Gesundheit und Bildung aus. Für Fata-din Fatadin, den Beauftragten für soziale Sicherheit

in Mauritius, ist eine gute Kommunikation zwischen der Regierung und ihren Bürgern der Schlüssel zum Aufbau eines wirksamen, auf Solidarität beruhenden



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2018

sozialen Absicherungssystems. In Mauritius wurde dies in den 1970er Jahren durch eine gemeinsame Sensibilisierungskampagne mit den Gewerkschaften und dem Oppositionsführer, dem späteren Präsident von Mauritius, erreicht.

Wie Frauen und informelle Arbeitskräfte besser geschützt werden können

Eine große Herausforderung für viele Länder ist die Integration von Frauen und informellen Arbeitnehmern in die Sozialversicherungen. Raquel Tebaldi, Wissenschaftlerin am International Policy Centre for Inclusive Growth (IPC-IG) in Brasilien, wies darauf hin, dass Frauen in der Sozialversicherung meist unterrepräsentiert sind. „Die beitragspflichtigen Systeme prüfen, wer regelmäßig Beiträge leisten kann. Demzufolge sind sie in der Regel männlich dominierte Systeme“, erklärte sie. Um diese zu öffnen, sollten Frauenorganisationen auf der Nachfrageseite stärker einbezogen werden, z.B. in die Entwicklung und Verwaltung von Sozialversicherungssystemen. Brasilien und Südafrika haben in den letzten Jahren große Fortschritte bei der Einbeziehung von informellen Arbeitnehmern in ihre Sozialversicherungssysteme gemacht. Tansania hat ein Rentensystem für den informellen Sektor eingerichtet. „Wann immer du arbeitest und ein Einkommen hast, bezahlst du 20 Schillinge pro Tag. Du musst dich nicht anmelden oder ein regelmäßiges Einkommen haben“, erklärte Dr. Frédéric Ntimarubusa, Generalsekretär der East and Central Africa Social Security Association (ECASSA).

Schlaglicht: Welternährungspolitik

Seit 2014 nimmt die Zahl hungernder Menschen weltweit nach einem jahrelangen Rückgang wieder zu. Bereits in den Jahren 2007 und 2008 waren die Lebensmittelpreise nach Jahren stabiler, niedriger Preise dramatisch angestiegen. Die darauffolgende weltweite Nahrungsmittelpreiskrise verursachte in vielen Ländern wirtschaftliche Instabilität und soziale Unruhen. Die Krise offenbarte ein kritisches Vakuum in der globalen Ernährungspolitik, das Reformen nach sich zog. Wo steht die Welternährungspolitik heute? Und welche Rolle spielen die Privatwirtschaft und die EU? Um diese Fragen drehte sich ein sef: Policy Lunch in Brüssel im Juli 2018.

Der reformierte Ausschuss für Welternährungssicherheit

Im Zentrum der Debatte über Global Food Governance steht der UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (Committee on World Food Security, CFS). Im Jahr 2009 billigten die UN eine Reform des CFS zu einem inklusiven Politikforum, in dem politische Lösungen ausgehandelt werden können. Laut Nora McKeon, Dozentin an der Rome 3 University, sind vier Ergebnisse hervorzuheben: 1. Die Reform erkennt an, dass die Ursachen von Hunger und Unterernährung strukturell sind. Die Lösung für jede Lebensmittelkrise besteht nicht darin, mehr zu produzieren, sondern einen gerechteren Zugang zu Lebensmitteln zu schaffen. 2. Das CFS ist in einem menschenrechtlichen Rahmen verwurzelt und erkennt an, dass Nahrung ein Menschenrecht und nicht nur eine Ware ist. 3. Das CFS ist ein Ort inklusiver Governance und nicht von einem „Multi-Stakeholderismus“ geprägt. Menschen, die am meisten unter Hunger und Unterernährung leiden, haben in dem Ausschuss Vorrang. 4. Das CFS basiert auf einem evidenzbasierten Ansatz, unterstützt von einem Pool unabhängiger Expertinnen und Experten, die auch Beiträge aus der Praxis und von Landwirten aufgreifen.

Wer vertritt den Privatsektor?

Gleichzeitig sah McKeon große Herausforderungen darin, dass die Macht der Unternehmen und die Unternehmenskonzentration weiter zunehmen. Dies führe zu einer Kommerzialisierung von Lebensmitteln und Land. Das sich wandelnde Narrativ in der Entwicklungszusammenarbeit, das dem Privatsektor eine wachsende Rolle zuweist, könnte zu einer Bedrohung für die globale Steuerung der Lebensmittelversorgung werden. Leonard Mizzi, Referatsleiter für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit in der EU-Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, beurteilte das Engagement des privaten Sektors anders: „Das Engagement des Privatsektors wird zurzeit von vielen schlecht gemacht. Aber um Ernährungssicherheit zu errei-

chen, besteht eine finanzielle Lücke von 180 Milliarden Euro. Es werden nicht die Regierungen sein, die dieses Problem lösen“, sagte er. Das CFS sollte prüfen, wie der Privatsektor wirksamer in das derzeitige Governance-Modell eingebunden werden kann.

Geneviève Savigny, eine Kleinbäuerin aus Frankreich, entgegnete, dass Kleinbauern als Teil der Zivilgesellschaft im CFS anerkannt sind. Die Definition des Privatsektors sei deshalb nicht so naheliegend, wie es scheint: „Was ist der Privatsektor? Wer vertritt ihn?“, fragte sie. In der Regel seien es nicht kleine und mittlere Unternehmen, die die Wirtschaft in Einrichtungen wie dem CFS vertreten würden.

Ambivalente Politik der EU

Nora McKeon wies auf den „Elefanten im Raum“ hin: die Inkohärenz der EU-Politik. Für Leonard Mizzi ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU hauptsächlich eine interne Politik. Geneviève Savigny sah das anders. „Im Moment geht es bei der GAP hauptsächlich um die Verteilung von Geldern, um Landwirte für niedrige Preise zu entschädigen, die in den 1970er Jahren festgelegt wurden“, kritisierte sie. Da die EU-Landwirte durch die GAP auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger werden, „handelt es sich dabei keineswegs um eine interne Politik“. Wenn die EU Märkte in Afrika und anderen Kontinenten in Fällen von Überproduktion erschließe, stelle dies die lokalen Märkte vor große Schwierigkeiten. Die gegenwärtige europäische Politik gefährdet nicht nur die Ernährungssicherheit: „Wenn die EU Länder zum Import drängt, verlieren diese ihre Ernährungssouveränität“, schloss sie.

Global Governance Spotlight 2|2018

Global Food Governance. Zwischen mächtigen Konzernen und verletzlicher Demokratie

Nora McKeon

Ein politisches Ergebnis der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 war die Reform des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS). Dieser hat sich zu einem innovativen Forum entwickelt, das Vorbild für andere Global Governance-Institutionen sein könnte. Im aktuellen Evaluierungsprozess werden allerdings auch Herausforderungen deutlich. Wie kann sich der CFA angesichts der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen bewähren? Was können andere Institutionen von ihm lernen? Nora McKeon gibt Antworten auf diese Fragen.



Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Lokale Friedensarbeit als Fundament für dauerhaften Frieden

Mit dem „Sustaining Peace“-Konzept wollen die Vereinten Nationen die internationale Friedensförderung reformieren. Kennzeichnend für den neuen Ansatz ist die Verlagerung der Verantwortung für die Friedenssicherung von der internationalen auf die nationale und lokale Ebene. Den UN soll künftig

Zugleich wirken sich viele innerstaatliche Konflikte zunehmend auf die internationale Staatengemeinschaft aus – in Form von Flucht und Migration, Terrorismus, Instabilität des jeweiligen Landes oder der Region. Insofern liege es im berechtigten Interesse der Staatengemeinschaft, zu handeln und einzugreifen, so Odendaal.



Berliner Sommerdialog 2018

vor allem eine unterstützende Rolle für den Aufbau tragfähiger nationaler und lokaler Strukturen zukommen. Formen, Herangehensweisen und Herausforderungen lokaler Friedensarbeit standen im Fokus des Berliner Sommerdialogs im Mai 2018. Besonders interessierte, wie lokale Arbeit mit nationaler und internationaler Friedensförderung verknüpft werden kann und welche Rolle lokale Medien in der Friedensarbeit spielen können.

Liberaler Friedenskonzepte vs. lokale Traditionen der Konfliktbearbeitung

Dr. Andries Odendaal aus Südafrika begleitet seit Jahrzehnten Prozesse lokaler Friedensarbeit in verschiedenen Weltregionen. In seinem Eröffnungsvortrag machte er deutlich, dass „Menschen seit Jahrhunderten lokale Friedensarbeit betreiben, die Verantwortung für lokalen Frieden gegenwärtig aber auf internationaler Ebene gesucht wird“. Das bringt verschiedene Herausforderungen mit sich, die mit der vorherrschenden Meinung einhergehen, dass lokaler Frieden durch nationalen Frieden entsteht und von oben nach unten „durchsickern“ muss. Die Befürworter lokaler Friedensarbeit argumentieren hingegen, dass Frieden von unten nach oben wachsen muss. Problematisch ist auch die westlich geprägte Vorstellung, dass der liberale demokratische Staat der Garant für Frieden ist. Vielerorts wird dieser Ansatz als eine neue Form des Kolonialismus wahrgenommen, der lokale Konzepte untergräbt.

Lokale Konflikte – lokale Lösungen?

Dennoch gelte: „Jeder Konflikt muss von den ‚Eigentümern‘ des Konflikts gelöst werden. Niemand kann die Konflikte anderer Menschen lösen.“ Eine langfristige und nachhaltige Friedensarbeit ist abhängig von der jeweiligen Art des Konfliktes und den daran Beteiligten. Was in Südafrika funktioniert, muss nicht unbedingt in Nepal funktionieren und umgekehrt. Selbst innerhalb eines Landes muss die Lösung in einem lokalen Konflikt nicht die Blaupause für andere lokale Konflikte sein. Für diejenigen, die von außen kommen, ist der Dialog mit den Menschen vor Ort deshalb besonders wichtig. Odendaal kritisierte in diesem Zusammenhang das oft genutzte Schlagwort des „capacity building“, das suggeriere, dass diejenigen von außen die (vermeintlich bessere) Lösung kennen würden. Das Gegenteil sei der Fall: „Außenstehende, die an lokaler Friedensschaffung mitwirken wollen, sollten dies mit professioneller Demut tun.“ Erste Voraussetzung für Erfolg sei eine tiefgehende Konfliktanalyse, die von allen Beteiligten geteilt wird.

Zwischen lokalem und nationalem Frieden

Dass sich erfolgreiche Friedensarbeit auf lokaler Ebene nicht unmittelbar in nationalen Frieden übersetzen lässt, machte das Beispiel Burundi deutlich. Seit 1994 hat die Organisation MIPAREC (Peace and Reconciliation Ministry under the Cross) landesweit 500 lokale Friedenskomitees (LPC) mit über 18.000 Mitgliedern gegründet. Die Friedenskomitees ermöglichen den lokalen Gemeinschaften, nach ihren eigenen Vorstellungen, Werten und Gegebenheiten Frieden und sozialen Zusammenhalt zu entwickeln und umzusetzen. Trotz dieser Erfolge machte Dieudonné Kibinakanwa, Geschäftsführer und Mitgründer der Organisation, deutlich, dass eine nationale Friedensstruktur mit internationaler Unterstützung in Burundi notwendig wäre, um die Arbeit der lokalen Friedenskomitees zu stärken. Derzeit behinderten die politische Instabilität und die geringe Wirtschaftskraft des Landes die Arbeit der LPCs.

Wie die nationale und lokale Ebene zusammenwirken können, erläuterte Erzbischof Prof. Emmanuel Asante, Vorsitzender des National Peace Council

Ghana, am Beispiel seines Heimatlandes. Ghana habe aufgrund historischer Erfahrungen mit Landkonflikten im Norden des Landes die Notwendigkeit erkannt, Konfliktlösungsmechanismen zu entwickeln. 2011 wurde im Parlament der National Peace Council Act verabschiedet, mit dem die bisher gewachsenen Strukturen der Konfliktbearbeitung institutionalisiert wurden. Die Peace Councils sind sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene aktiv, um direkt vor Ort Konflikte zu bearbeiten und zu entschärfen. „Konflikte an sich können wir nicht vermeiden. Konflikte sind auch nicht immer negativ. Was wir jedoch verhindern müssen, sind gewaltsame Konflikte.“

Gesellschaftliche Strukturen verändern – Frauen stärken

Die Existenz lokaler und nationaler Friedensstrukturen alleine ist jedoch noch kein Garant für eine friedliche Entwicklung. Entscheidend ist u.a., wie inklusiv diese Strukturen sind. Selbstkritisch merkte Erzbischof Asante an, dass es in Ghana bisher nicht gut genug gelungen ist, Frauen und Jugendliche in die Arbeit der Friedenskomitees einzubinden. Dabei weisen internationale Studien eindeutig nach, dass Friedensprozesse unter Mitwirkung von Frauen nachhaltiger und Gesellschaften mit einer stärkeren Geschlechtergerechtigkeit friedvoller sind. Dennoch ist die Beteiligung von Frauen auf lokaler Ebene oftmals gering, wie auch Professor Jurma Tikmasan, Vorstandsmitglied der Organisation Nisa Ul Haqq fi Bangsamoro (Frauen für Gerechtigkeit in Bangsamoro), von den Philippinen berichtete. „Auf nationaler Ebene haben wir eine hohe Beteiligung von Frauen im Friedensprozess, aber gerade auf lokaler Ebene wird die Bedeutung oftmals unterschätzt.“

Sophia Close, Beraterin für Gender und Friedensförderung bei Conciliation Resources in London betonte, dass die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit auf lokaler Ebene oftmals als internationaler Diskurs wahrgenommen wird, der wenig mit den Realitäten vor Ort zu tun hat. Sie empfahl deshalb, in der Arbeit vor Ort nicht den Genderansatz in den Vordergrund zu stellen, sondern sich grundsätzlich mit der Frage zu beschäftigen, wie Männer und Frauen, Jungen und Mädchen miteinander umgehen und wie ein Wandel in der Gesellschaft hin zu mehr Gleichberechtigung erreicht werden kann.

Jugendliche als Partner anerkennen

Auch die Beteiligung von Jugendlichen an Friedensprozessen ist verbesserungswürdig. Martine Kessy Ekomo-Soignet, Gründerin und Direktorin der Jugendorganisation URU aus Bangui, machte deutlich, dass „die UN-Resolution 2250 mehr ist als nur Politik. Wir sind nicht einfach nur Opfer, sondern Partner. Jugendliche brauchen allein deshalb eine stärkere Stimme, weil es um ihre Zukunft geht.“ Jugendliche sollten die Möglichkeit haben, gemeinsam an ihrer Zukunft zu arbeiten – grundsätzlich, nicht

nur in der Friedensarbeit. Allerdings seien gerade die internationalen Fördertöpfe hierbei oft nicht hilfreich, da sie nach engen Richtlinien operieren und nicht flexibel auf die Bedürfnisse und Ideen der Jugendlichen eingehen würden, so Ekomo-Soignet weiter.

Lorraine Degruson, Leitende Koordinatorin der Jugendorganisation des Vereinten Netzwerkes für junge Friedensstifter (UNOY), bekräftigte dies: „Junge Menschen wollen nicht, dass man nur über sie spricht, aber nicht mit ihnen. Wirkliche Beteiligung von jungen Menschen bedeutet nicht, dass sie in der Umsetzung von Projekten teilnehmen dürfen. Wirkliche Partizipation bedeutet, dass junge Menschen auch an der Planung und Überwachung von Prozessen teilnehmen dürfen.“

Dialog zwischen allen Akteuren ermöglichen

Deutlich wurde, dass es für lokale Friedensarbeit keine Blaupause gibt, die in allen Kontexten anwendbar ist. Paul van Tongeren, Ehrenvorsitzender der Globalen Partnerschaft für die Prävention von bewaffneten Konflikten (GPPAC), Den Haag, plädierte dafür, den Erfolg lokaler Friedenskomitees stärker zu untersuchen als bisher, um andere Länder im Aufbau dieser Strukturen unterstützen zu können. Lokale Friedenskomitees würden zur Prävention von Konflikten im Sinne des „Sustaining Peace“-Konzeptes beitragen.

Besonders wichtig bleibt die Fähigkeit, miteinander in einen Dialog zu treten und Räume dafür zu schaffen, sich gegenseitig auf Augenhöhe zu begegnen und einander zuzuhören. Dies gilt nicht nur für lokale Konfliktparteien, sondern auch für die verschiedenen Akteure auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Auch wenn diese Erkenntnis nicht neu ist – so sollte dies für zukünftige Prozesse einen Kerngrundsatz in der zivilen Konfliktbearbeitung darstellen und stärker umgesetzt werden als bisher.



Berliner Sommerdialog 2018

Die Arbeit lokaler Medien in gewaltsamen Konflikten

Einen besonderen Einfluss auf die Art und Weise, wie friedlich Konflikte ausgetragen werden, kommt lokalen Medien zu. Staatssekretär Christi-



Berliner Sommerdialog 2018

an Rickerts von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe unterstrich beim Sommerdialog, dass anders als in der öffentlichen Wahrnehmung weniger die großen Medienhäuser in Konflikten von Bedeutung seien, sondern die lokalen Personen vor Ort. Dabei stehen Medienschaffende in vielen Ländern unter Druck. Wie können sie unter solchen Bedingungen arbeiten und einen Beitrag zur Deeskalation leisten?

Reverend Geraldine Fobang, Stationsmanagerin des lokalen Radiosenders CBS Radio Buea, berichtete aus eigener Erfahrung, dass die Pressefreiheit in Kamerun durch die Regierung zunehmend unterdrückt

„Konventioneller Journalismus konzentriert sich im Allgemeinen auf führende Persönlichkeiten und führende Nationen, mit wenig Beachtung auf die Menschen vor Ort. Es ist das, was wir ‚Prominenz-Wert‘ nennen. Friedensjournalismus bietet den Menschen an der Basis eine Plattform in der Überzeugung, dass jede/r eine Rolle zu spielen hat und eine Stimme, die gehört werden sollte.“

Dr. William Tayeewa ist Dozent am Institut für Journalismus und Kommunikation der Makerere Universität in Uganda.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 5|2018 mit dem Titel „**The media have a very big role in promoting social cohesion**“. Interview mit Dr. William Tayeewa über konventionellen und Friedensjournalismus. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.



wird. In Kamerun schwelt seit Jahren ein Konflikt zwischen der französischsprachigen Mehrheit und der englischsprachigen Minderheit im Südwesten des Landes. Journalisten, die über den Konflikt berichten, stehen unter Beobachtung der Regierung. Fobang machte deutlich, dass sie sich davon nicht einschüchtern lassen will: „Als echte Journalistin fühle ich mich verpflichtet, über Entwicklungen zu berichten, auch wenn dies oft die Dinge sind, die Politiker gerne im Dunkeln lassen würden.“

Konventioneller oder friedensorientierter Journalismus?

Gerade in gewaltsamen Konflikten geht es jedoch nicht nur um die Aufdeckung von Missständen, sondern auch um eine besondere Sensibilität im Umgang mit Konflikten. Dr. William Tayeewa, Dozent der Abteilung für Journalismus und Kommunikation an der Makerere Universität in Kampala, verwies auf den Unterschied zwischen friedensorientiertem und konventionellem Journalismus. Letzterer würde getrieben von dem Grundsatz „If it bleeds, it leads“ – die dramatisierende Berichterstattung fördere allerdings Konflikte und Gewalt. Im Gegensatz dazu sei es das Ziel eines konflikt sensitiven Journalismus, alle Konfliktparteien zu Wort kommen zu lassen. Eine Berichterstattung, die den Dialog fördert, kann so zu einem besseren Verständnis zwischen Konfliktparteien beitragen. Dies verhindert, dass Krisen durch die mediale Berichterstattung weiter verschärft werden.

Durch die unreflektierte Weiterverbreitung von Informationen über soziale Netzwerke gewinnt ein faktenbasierter Journalismus noch stärker an Bedeutung. In Konflikt- und Entwicklungsländern sei zwar weiterhin das Radio für viele die einzige Informationsquelle, so Reverend Fobang. Lediglich die obere Schicht in ihrem Land habe Zugang zu sozialen Medien. Dennoch könnten darüber verbreitete Informationen Konflikte verschärfen. Fobang versucht deshalb über ihre lokale Radiostation mögliche Falschinformationen zu überprüfen und gegebenenfalls zu widerlegen. Dass die Professionalisierung lokaler Journalisten dafür von besonderer Bedeutung ist, unterstrichen alle Expertinnen und Experten.

Weitere sef: insights zum Berliner Sommerdialog 2019

sef: insight 6|2018

„**Journalists find themselves in a tight corner**“
Interview mit Rev. Geraldine Fobang über lokalen Journalismus in bewaffneten Konflikten

sef: insight 7|2018

„**We are targeting women because they can actually influence decision-making**“
Interview mit Professor Jurma Aming Tikmasan über die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen

„Sustaining Peace“ – Herausforderungen für Demokratien

Demokratien galten lange Zeit als Garanten für Frieden. Doch zunehmend wird deutlich, dass selbst für gefestigte Demokratie ein dauerhafter Frieden eine ständige Herausforderung bleibt. Viele Menschen oder Gesellschaftsgruppen fühlen sich gegenwärtig



Dresdner Forum für Internationale Politik 2018

nicht mehr ausreichend repräsentiert, populistische oder extremistische Strömungen gewinnen vielerorts an Zulauf. Darüber sowie über Strategien für einen dauerhaften Frieden von der internationalen bis zur lokalen Ebene diskutierten rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Dresdner Forums für Internationale Politik im Februar 2018.

Demokratische Freiheit vs. Sicherheit?

125 Länder hatten laut Freedom House im Jahr 2015 Regierungen auf Basis von ‚freien und fairen‘ Wahlprozessen; die Demokratie war somit die am weitesten verbreitete Regierungsform weltweit. Auch in Nachkriegsgesellschaften wird auf die Einführung oder den Ausbau demokratischer Regierungsführung gesetzt. „Besonders effektive Demokratien sind auch besonders friedvoll, dennoch kann der Umkehrschluss nicht sein, dass sich alle Probleme lösen lassen, wenn wir den Menschen Demokratie bringen“, warnte Steve Killelea AM, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Institute for Economics and Peace, in seiner Eröffnungsrede. Judith Large, Senior Research Fellow an der Universität Kent, gab in ihrem Eröffnungsbeitrag zu bedenken, dass sich das Wesen von Demokratie im letzten Jahrzehnt stark gewandelt hat: „Zwei Worte scheinen die Literatur und die Debatte um nachhaltigen Frieden durch demokratische Regierungsführung in der internationalen Debatte geprägt zu haben: Diese Worte sind Globalisierung und Sicherheit.“ Paradoxerweise würden zwar in

vielen Ländern demokratische Wahlen durchgeführt, aber dies ginge gleichzeitig einher mit dem Abbau politischer und persönlicher Freiheiten. Begründet wird dieser Abbau mit Maßnahmen, die unserer Sicherheit dienen sollen, die letztlich aber zu einem stärkeren Unsicherheitsempfinden führen. Bisherige Werte und Normen, die stark mit dem Wesen der Demokratie verknüpft waren – Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit vor dem Recht, eine offene respektvolle politische Debatte – erodieren zunehmend.

Deutschland als ermutigendes Beispiel

Ein besonders herausforderndes Beispiel für den Übergang zu einer demokratischen Regierungsführung stellt aktuell Syrien dar. Im Rahmen einer öffentlichen Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden beschrieb Botschafter Ramzy A. Ramzy, Stellvertretender Sondergesandter der Vereinten Nationen (UN) für Syrien, eindrucksvoll die immensen Kosten des Krieges in Syrien. Dies gelte nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die zerrüttete Gesellschaft, die gesunkene Lebenserwartung oder den mangelnden Zugang zu Bildung. Die vielen zerstörten Städte – wie Homs, Aleppo oder Raqqa 2018 – glichen dem Bild Dresdens 1945. Er hoffe darauf, dass die Entwicklung der deutschen Nachkriegsgesellschaft, die Wiedervereinigung und der Wiederaufbau Dresdens und der Frauenkirche ein Beispiel für Syrien sein können. Ein friedvolles und stabiles Syrien sei zentral für den Frieden im Nahen Osten. Um den politischen Prozess aufzubauen und die gesellschaftlichen Gruppen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen, sei eine Waffenruhe allerdings unverzichtbar. Auch wenn der gesellschaftliche Frieden von innen heraus wachsen

„Ich denke, der entscheidende Test für Demokratie ist die Tatsache, dass die Alternative zur Demokratie die Demokratie ist. Sie können sich immer bessere Demokratien vorstellen. Aus diesem Grund verspricht die Demokratie ein ständiges Experimentieren mit unterschiedlichen institutionellen Arrangements. Mit anderen Worten: Sie können nicht ein bestimmtes Set an politischen Institutionen mit Demokratie verbinden. Denn Demokratie ist ein endloses Experiment.“



Professor Samir Kumar Das ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Kolkata.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 2|2018 mit dem Titel „**The alternative to democracy is democracy**“. Interview mit Professor Samir Kumar Das aus Indien. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

müsse, ist seiner Ansicht nach ein UN-geführter Prozess zum politischen Aufbau derzeit der einzige, der als neutral gewertet und von allen Seiten anerkannt werden kann.

Politische Prozesse inklusiv gestalten

Eine Grundvoraussetzung für einen belastbaren demokratischen Prozess ist die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Wie wichtig es ist, Frauen und Jugendliche an politischen Prozessen zu beteiligen, betonte Hajer Sharief, Gründerin der Organisation „Together We Build It“ aus Tripolis. Es sei ihre eigene Erfahrung, dass in vielen Verhandlungen und Gremien auf nationaler und internationaler Ebene sogenannte „Experten“ sitzen. Ausgeblendet würde allerdings die Kriegs- und Konflikterfahrung derjenigen, die denselben überlebt haben. „Ich habe es geschafft, in einem vom Bürgerkrieg geplagten Land zu überleben. Natürlich bin ich eine Expertin für Sicherheitsfragen“, warf Sharief in die Diskussion ein. Einen Krieg zu überstehen, zeuge von Resilienz. Gleichzeitig seien die Menschen auf der lokalen Ebene diejenigen, die als eine Art Frühwarnsystem vor neuen Konflikten warnen könnten.

Radikalisierung als Antwort auf Gewalt und Unterdrückung

Wie stark ein friedliches Miteinander auch von weltpolitischen Ereignissen oder Einflüssen von außen geprägt wird, machte die Diskussion um die Ursachen extremistischer Strömungen deutlich. Gerade Länder in Afrika waren in den letzten Jahren besonders betroffen von extremistischer Gewalt, über 30.000 Menschen verloren bei verschiedenen Anschlägen in den letzten fünf Jahren ihr Leben. Die Motivation junger Menschen, sich extremistischen Organisationen anzuschließen, wird oftmals in ihrer Perspektivlosigkeit gesehen. Hajer Sharief berichtete jedoch aus eigener Erfahrung, dass sich viele junge Menschen radikalisierten, weil sie oder jemand aus dem näheren Umfeld direkt oder indirekt Opfer internationaler Politik geworden sind, im Extremfall z.B. durch einen Bombenangriff. Die Radikalisierung, die sie sehe, sei zumeist politisch motiviert – vor allem durch eine Ablehnung des Westens. Es sei ein Gefühl von Ohnmacht und Unverständnis gegenüber Eingriffen von außen.

Diese subjektive Erfahrung unterstützte auch Mohamed Yahya, Regionaler Programmkoordinator für Afrika beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). In einer umfassenden Studie über die Motive extremistischer Kämpfer in Afrika, die er und sein Team durchgeführt hatten, gaben 71% der Befragten an, dass repressives oder gewaltsames Handeln staatlicher Autoritäten der Auslöser für ihren Anschluss an extremistische Gruppen gewesen sei. Extremistische Gruppen nutzen allerdings unterschiedliche Werbestrategien, um Anhänger zu

gewinnen. Wirtschaftliche Anreize gehören durchaus auch dazu. Diese Erkenntnisse müssen zur Prävention genutzt werden. Die bisherigen politischen oder militärischen Antworten auf den Zulauf zu extremistischen Gruppen seien weitgehend verfehlt und oftmals kontraproduktiv, so Yahya.

Mangelnde Beteiligung als Konfliktursache

Die unzureichende Bearbeitung wichtiger gesellschaftlicher Fragen sah Dr. Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft aus Jena, in Deutschland als eine der Ursachen, weshalb populistische Strömungen an Attraktivität gewinnen: „Es gibt Aspekte, die vom Staat nicht hinreichend bearbeitet werden. Dies füttert extremistische Tendenzen. Besonders gilt dies im ländlichen Raum, dort entstehen ideelle und lebensweltliche Nischen. Extremistische Bewegungen sind oftmals die einzigen, die



Dresdner Forum für Internationale Politik 2018

dort Angebote für Jugendliche machen“. Gesellschaft und Politik müssten sich stärker engagieren und Jugendliche ernst nehmen.

Städte als Brennglas für Konflikte und Nukleus für Frieden

Fragen nach demokratischer Regierungsführung, politischer Beteiligung und Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Gruppen sind nicht nur auf nationaler und internationaler Ebene von Bedeutung. Städte und Kommunen wirken wie ein Brennglas, da das Zusammenleben auf engem Raum unmittelbar funktionieren muss. Nationale Konflikt dynamiken können im Extremfall zu einer physischen Teilung von Städten führen. Konfliktparteien werden voneinander getrennt, um Gewalt zu vermeiden. Zugleich kommt Städten bei der Gestaltung eines dauerhaften Friedens eine besondere Rolle zu. „Städte können

keinen Krieg verhindern. Aber lokale Regierungen können zu einer Friedenskultur beitragen. Wir müssen lokale Initiativen viel mehr wertschätzen und eine größere globale Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse lokaler Regierungen lenken“, so Dr. Tarik Kuposović, ehemaliger Bürgermeister von Sarajevo.



Dresdner Forum für Internationale Politik 2018

Den offenen Dialog sucht die Friedensstadt Osnabrück. Denn Konflikte im städtischen Bereich können auch in einer ansonsten friedlichen Gesellschaft entstehen. Zum einen liegt dies am Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich. Aber auch globale Zusammenhänge nehmen Einfluss auf das Zusammenleben in Städten. Christiane Grewe vom Büro für Friedenskultur der Stadt machte deutlich, dass die

Einwanderung in manchen Städten durchaus eine Herausforderung für den städtischen Frieden bedeute. Das Aufeinandertreffen vieler Religionen, aber auch verschiedener Ethnien, könne dazu führen, dass Weltkonflikte in die Stadt hineingetragen werden. Mit einem Runden Tisch der Religionen wolle Osnabrück entstehenden Konflikten frühzeitig begegnen.

„Sustaining Peace“ als dauerhafte Aufgabe für Demokratien

Ob auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene – im Verlauf der zweitägigen Veranstaltung wurde deutlich, dass auch in bisher stabilen Demokratien Frieden nicht selbstverständlich ist. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen alle gesellschaftlichen Gruppen politisch beteiligt oder repräsentiert werden. Das Gefühl von „Abgehängt-Sein“ oder nicht gehört werden befördert die Ablehnung von politischen Strukturen und erzeugt im schlimmsten Fall gewaltsame Konflikte. Auch das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen lokaler und globaler Ebene muss geschärft werden. Konflikte auf lokaler Ebene oder in Städten sind nicht losgelöst von überregionalen oder internationalen Konflikten und umgekehrt. Durch alle Ebenen hindurch gilt, dass Gewalt Gegengewalt erzeugt. Erfolgreiche Strategien für einen dauerhaften Frieden sollten diese Erkenntnisse berücksichtigen.

„Wir sehen viele junge Leute, die sagen würden, dass ihnen Politik egal ist (...). Ich denke, was sie nicht wissen, aber erkennen sollten, ist, dass Politik sie bereits vor ihrer Geburt beeinflusst. In der Politik geht es nicht immer um die Politik des Staates, es geht nicht immer um Außenpolitik. In der Politik geht es um das Leben der Menschen, und an manchen Orten kann Politik sie so beeinflussen, dass ihnen gesagt wird, was sie tragen dürfen, was sie essen können und wie sie sich zu verhalten haben.“



Hajer Sharief ist Mitgründerin der Organisation 'Together We Build it' und Mitwirkende der Extremely Together Initiative on Countering Violent Extremism der Kofi Annan Foundation.

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 1|2018 mit dem Titel „**Young people all over the world need to get political**“. Interview mit Hajer Sharief aus Libyen. Das Interview ist auch als YouTube-Video verfügbar.

Global Governance Spotlight 3|2018

Sustaining Peace. Kann ein neuer Ansatz die UN verändern?

Cedric de Coning



Zu seinem Amtsantritt hatte UN-Generalsekretär António Guterres deutlich gemacht: Die Prävention von Konflikten muss für die Vereinten Nationen ganz oben auf der Agenda stehen. Aus diesem Grund arbeiten die Vereinten Nationen aktuell an der Umsetzung und Ausgestaltung der „sustaining peace“-Resolutionen, die von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat 2016 verabschiedet wurden. Welche Herausforderungen stellen sich bei der Umsetzung der Resolutionen? Wie wirkt sich die aktuelle geopolitische Lage aus? Und welche Chancen bietet der neue Ansatz, um die UN fit für das 21. Jahrhundert zu machen? Cedric de Coning vom Norwegian Institute of International Affairs (NUPI) in Oslo bietet einen Überblick über die Herausforderungen und Chancen, die dieser Prozess für die UN bietet.

Schlaglicht: UN-Flüchtlingspakt

Der von der UN-Generalversammlung im Dezember 2018 angenommene Globale Pakt für Flüchtlinge hat zum Ziel, die Solidarität mit Flüchtlingen und Aufnahmeländern durch eine bessere internationale Teilung von Verantwortlichkeiten zu stärken. Dies ist dringend erforderlich, da die große Mehrheit der Flüchtlinge Zuflucht in Ländern des Globalen Südens sucht. Der Flüchtlingspakt kann entsprechend als „Handbuch“ zur Umsetzung völkerrechtlicher Bestimmungen in politisches Handeln angesehen werden, erläuterte Veronika Burget von der UNHCR-Regionalvertretung für EU-Angelegenheiten bei einem sef: Policy Lunch in Brüssel im November 2018. Er biete auch eine neue Perspektive, indem Flucht und Vertreibung nicht nur durch die humanitäre Brille, sondern auch als Entwicklungsproblem betrachtet werden.

Erwan Marteil von der Europäischen Kommission betonte den Konsens in den Verhandlungen, dass das derzeitige System des Flüchtlingsschutzes, in dem „Millionen in Lagern geparkt“ sind, nicht nachhaltig ist. Ein übergeordnetes Ziel des Pakts sei es sicherzustellen, dass grundlegende Dienstleistungen, beispielsweise elementare Bildung, von den Aufnahmeländern gewährleistet werden, um die Entstehung einer „verlorenen Generation“ zu verhindern.

Ein Manifest des „Diskurses der Angst“?

Professor Elspeth Guild von der Queen Mary University in London kritisierte hingegen die sprachliche Verknüpfung von „Belastung“ und „Solidarität“ im Abschlussdokument der UN-Verhandlungen. Der Begriff „Belastung“ werde konnotiert mit einem Problem statt mit jemandem, die/der Solidarität verdiene. Im Flüchtlingspakt manifestiere sich ein „Diskurs der Angst“. Um diesen Diskurs zu ändern, sei es erforderlich, die Idee zu akzeptieren, dass Flüchtlinge eher eine Chance als eine Belastung für die Aufnahmegesellschaften darstellten.

In ihrer Replik erinnerte Burget daran, dass der UN-Pakt die Lücken beim Flüchtlingsschutz und die Situation in den Aufnahmeländern aus einer globalen Perspektive betrachtet. Die Verhandlungsführer hätten die Notwendigkeit gesehen, Aufnahmeländern wie dem Libanon für das, was sie tun, Anerkennung zu zollen. Wenn von einer „Belastung“ durch Geflüchtete gesprochen werde, signalisiere dies Respekt für die Leistungen der Aufnahmeländer im Globalen Süden. Der Begriff anerkenne auch, dass diese Länder ein Recht auf mehr internationale Solidarität haben.

Sowohl Burget als auch Marteil beschrieben den Flüchtlingspakt als eine „echte Errungenschaft des Multilateralismus“ in einer Zeit, in der der Multilateralismus allgemein unter Druck stehe.

Ausblick auf das Global Refugee Forum 2019

Als konkretes Ergebnis des Flüchtlings-Pakts wird im Dezember 2019 das erste Global Refugee Forum stattfinden. Wie wird der Beitrag der EU aussehen? Marteil wollte der Beschlussfassung in der EU nicht vorgreifen. Er erklärte jedoch, dass die EU während der Umsetzungsphase genauso unterstützend bleiben würde wie während der Verhandlungen. Burget stellte klar, dass Unterstützung in diesem Zusammenhang sehr weit gefasst werde und von rein finanziellen Beiträgen bis zur Bereitstellung von Neuan siedlungsoptionen reiche. Zwar bestritt sie nicht die Bedeutung verbindlicher Zusagen. Das Forum habe aber den zusätzlichen Vorteil, eine Plattform für den Austausch über best practices und damit für die Bewertung und Verbesserung von Politiken zu bieten.

Global Governance Spotlight 4|2018

Die Globalen Pakte für Flüchtlinge und Migration. Verantwortlichkeiten und politische Implikationen

Elspeth Guild

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren nicht mehr so viele Menschen gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen. Die Mehrheit der Flüchtlinge und Migranten wird von relativ armen Ländern des Globalen Südens aufgenommen. Die Vereinten Nationen haben darauf mit der Aushandlung eines globalen Flüchtlingspaktes und eines Migrationspaktes reagiert. Welche Verpflichtungen gehen die Staaten damit ein? Welche Rechte werden Flüchtlingen und Migranten zuerkannt? Und wie ist die Politik der Europäischen Union im Lichte beider Abkommen zu bewerten? Elspeth Guild von der Queen Mary University of London analysiert die politischen Implikationen beider Pakte vor dem Hintergrund des EU-Grenzschutzes.



• sef: Finanzen

Finanzbericht

Das Wirtschaftsjahr 2018 konnte mit einem Gewinn von 22.724 Euro abgeschlossen werden, der der freien Rücklage und darin der Kapitalerhaltungsrücklage zugeführt wurde.

Die Aufwendungen für Projekte der Stiftung sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 13% auf 167.200 Euro angestiegen. Ursächlich dafür war im Wesentlichen das neue Format „Dresdner Forum für Internationale Politik“ in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Staatskanzlei, Engagement Global und der Stiftung Frauenkirche Dresden, das im Wirtschaftsjahr 2018 erstmals durchgeführt wurde.

Die Kosten für den Geschäftsbetrieb einschließlich Büro- und Konferenzmaterialien liegen mit 59.000 Euro rund 20% höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf eine Änderung in der Verbuchung zurückzuführen, da die Ausgaben für Konferenzmaterialien wie Mappen und Tischschilder seit 2018 nicht mehr einzelnen Projekten zugeordnet, sondern über die Position „pauschale Projektkosten“ mit den Zuschussgebern abgerechnet werden. Die Personal-

kosten sind aufgrund einer Stellenerweiterung und den Tarifierpassungen gegenüber dem Vorjahr um ca. 10% auf 338.132 Euro angestiegen.

Dem Anstieg bei den Aufwendungen stehen entsprechende höhere reguläre Einnahmen gegenüber. Beim Vergleich zum Vorjahr ist zudem zu berücksichtigen, dass 2017 der von der sef: gehaltene Fonds FairInvest I plus, infolge des Inkrafttretens der europäischen Finanzmarktrichtlinie MiFID II, vorzeitig und doppelt ausgeschüttet hatte. Im Rahmen des Verkaufs von Fondsanteilen verzeichnete die sef: 2017 zudem einen Buchgewinn in Höhe von 125.568 Euro, der in den Posten Umschichtungsergebnisse eingestellt wurde. De facto sind die Erträge aus Kapitalanlagen 2018 um ca. 17.460 Euro auf 193.560 Euro gestiegen. Auch die Projektzuschüsse konnten durch das neue Veranstaltungsformat in Dresden und die verstetigte Kooperation mit dem BMZ und der GIZ bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen und dem Berliner Sommerdialog deutlich erhöht werden und liegen in 2018 bei ca. 218.400 Euro, was einem Zuwachs von 62% entspricht.

Anlagerichtlinien der sef:

Die Stiftung hatte bereits im Jahr 2007 eine Strategie zur Anlage ihres Vermögens verabschiedet, die eine Anlage des Stiftungskapitals in festverzinsliche Wertpapiere (zu mind. 70%) und Aktien (max. 30%) vorsah. Zudem sollten bei den Anlagen soziale, ethische und ökologische Kriterien „nach Möglichkeit“ berücksichtigt werden. Bis Juli 2012 hatte die sef: ihr gesamtes Vermögen in nachhaltige Anlageprodukte (Fonds) überführt.

Seit 2007 hat sich die Marktsituation kontinuierlich verschärft (Niedrigzinsphase seit 2009); parallel haben sich die gängigen Standards für Stiftungsanlagen sowohl hinsichtlich der Anlageklassen als auch der Nachhaltigkeitskriterien fortentwickelt. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, sind die Anlagerichtlinien der sef: im Wirtschaftsjahr 2018 überarbeitet und aktuellen Standards angepasst worden.

Die Anpassungen betreffen im Wesentlichen die folgenden fünf Punkte:

1. Klarere Vorgabe zur Einhaltung sozialer, ethischer und ökologischer Nachhaltigkeitskriterien,
2. Erhöhung des Aktienanteils auf bis zu 40%, bei gleichzeitiger Beschränkung auf Fonds,
3. Vorsichtige Öffnung für andere Assetklassen zur Diversifizierung des Anlagespektrums und damit auch zur Risikominderung

4. Zulassung von Instrumenten zum Risikoausgleich im Rahmen von Fonds

5. Festlegung eines Mindestanteils für festverzinsliche Wertpapiere von 60% des Anlagevolumens.

Im Anhang benennen die überarbeiteten Anlagerichtlinien explizit einzelne Ausschlusskriterien für Staatsanleihen und Investitionen in Unternehmen. Hierzu gehören z.B. der Ausschluss von Anlagen in totalitäre und nicht-freie Staaten entsprechend des Freedom House Index (nicht frei) oder bei Besitz von ABC-Waffen. Ebenso werden beispielsweise Investitionen in Unternehmen der Rüstungsindustrie (Produktion/Vertrieb bei Umsatz mehr als 5%), der Kernenergie oder der Gentechnik ausgeschlossen.

Ferner kamen sogenannte Positiv- und Negativkriterien hinzu, um das erlaubte Anlageuniversum weiter zu schärfen. Einerseits sollte bevorzugt in Unternehmen investiert werden, die im Sozial- oder Umweltbereich besonders nachhaltig agieren, was durch ein „Best-in-Class-Verfahren“ ermittelt wird. Andererseits sollten keine Anlagen von Unternehmen erworben werden, die sich umweltschädigend verhalten, gegen grundlegende Sozial- und Arbeitsstandards (ILO) verstoßen oder nicht gegen Korruption aktiv werden.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2018

	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
I. Erträge		
1. Zuwendungen	369.692,91	285.734,33
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00	151.200,00
Projektzuschüsse aufgewendet	218.492,91	134.534,33
2. Erträge Finanzanlagen	193.563,80	323.035,87
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.379,32	27.737,65
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,40	0,04
Bestandsvergütungen	18.378,92	27.737,61
4. Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)	313,02	29,31
5. Sonstige Erträge	6.529,18	125.567,72
Buchgewinne aus Abgang Finanzanlagen	0,00	117.736,60
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	402,63	3.711,21
Versicherungsentschädigung	6.126,55	4.119,91
Summe Erträge	588.478,23	762.104,88
II. Aufwendungen		
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand	-167.172,61	-147.439,89
a) Veröffentlichungen	-26.045,31	-20.618,97
b) Veranstaltungen	-130.553,41	-118.175,09
c) Öffentlichkeitsarbeit	-10.565,60	-8.291,04
d) Sonstige Projektkosten	-8,29	-354,79
7. Personalaufwand	-338.132,33	-305.675,87
a) Löhne und Gehälter	-268.840,88	-242.698,25
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-69.291,45	-62.977,62
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.428,93	-1.450,08
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-59.020,28	-48.917,25
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-21.335,18	-17.925,11
b) Versicherungen und Beiträge	-1.696,61	-1.686,65
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-3.794,71	-2.948,01
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-4.108,41	-3.819,64
e) Telefon und Internet Standleitung	-951,17	-991,27
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-8.113,84	-7.409,78
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-10.746,39	-8.069,44
h) Gremien	-8.273,97	-6.065,35
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	0,00	-2,00
Summe Aufwendungen	-565.754,15	-503.483,09
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	22.724,08	258.621,79
11. Einstellung in den Posten Umschichtungsergebnisse	0,00	-117.736,60
12. Einstellung in die Rücklagen		
a) Kapitalerhaltungsrücklage	-22.724,08	-140.885,19
b) Übrige freie Rücklage	0,00	0,00
13. Bilanzgewinn	0,00	0,00

• **sef: Intern**

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2018)**Vorsitzende**

Renate Maria Hendricks, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Gerd Harms, Staatssekretär a.D., Potsdam

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ministerialrat a.D., Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg, Direktor am Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“, Duisburg

Dr. Julia Leininger, Leitung Forschungsprogramm „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2018)**Vorsitzender des Kuratoriums**

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin



Bonn Symposium 2018

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg



Dresdner Forum für Internationale Politik 2018

Weitere Mitglieder

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Ilka Freifrau von Boeselager, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Marco Büchel MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg, Potsdam

Bärbel Dieckmann, Ehemalige Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn/Berlin

Stefan Engstfeld MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Sven Giegold MdEP, Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Brüssel

Frank Herrmann, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Ulrich Jost-Blome, Leiter der Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat Münster

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Rolf Mützenich MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, SPD-Bundestagsfraktion, Berlin



Bonn Symposium 2018

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Anne Quart, Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Potsdam

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Professor für Globalen Wandel und systemische Risiken, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Wissenschaftlicher Direktor des Innovation Campus Bonn

Christian Rickerts, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin

Dr. Imme Scholz, Kommissarische Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe e.V. (VENRO), Berlin/Bonn

Octavian Ursu MdL, Mitglied im Europaausschuss des Sächsischen Landtags, Dresden

Mary Kay Wahlen, Geschäftsführerin EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V., Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2018)

Vorsitzender des Beirats

Prof. Dr. Lothar Brock, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Weitere Mitglieder

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Prof. Dr. Tilman Brück, Gründer und Direktor des ISDC – International Security and Development Center, Berlin

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Dr. Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin

Adolf Kloke-Lesch, Assoziierter Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Elke Krahnemann, Professorin für International Political Studies, Privatuniversität Witten/Herdecke

Prof. Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur WeltTrends, Potsdam

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand, Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn



Bonn Symposium 2018

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Direktor Emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka, Professorin für Sozialanthropologie und Direktorin am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an der Universität Bielefeld

Cornelia Richter, Vizepräsidentin, International Fund for Agricultural Development (IFAD), Rom



Bonn Symposium 2018

Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Professor für Internationale Politik und Analyse und Vergleich politischer Systeme an der Universität Koblenz-Landau

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Professor für Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung, Universität Osnabrück

Prof. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31. Dezember 2018)

Dr. Mischa Hansel
Wissenschaftlicher Referent

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer
Wissenschaftliche Referentin

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer 2018

Im Jahr 2018 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expertinnen und Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Wir danken

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn
- Engagement Global GmbH
- Freistaat Sachsen
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden
- ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Stiftung Frauenkirche Dresden
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Welle, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2018 Mitglied in folgenden Foren

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2018

Veranstaltungen 2018

Dresdner Forum für Internationale Politik

„Sustaining Peace“. Aktuelle Herausforderungen für die Demokratie

in Kooperation mit dem Freistaat Sachsen, der Stiftung Frauenkirche Dresden, Engagement Global
 Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Dresden, 08./09. Februar 2018 (2-tägige Fachveranstaltung mit öffentlicher Abendveranstaltung)

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2018

Soziale Sicherung in Afrika stärken. Nationale, regionale und internationale Strategien

in Kooperation mit GIZ/BMZ und der Zeitschrift WeltTrends,
 gefördert durch das Stifterland Brandenburg
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Potsdam, NH Hotel Potsdam, 19./20. April 2018

Berliner Sommerdialog 2018

Lokale Friedensarbeit stärken – Fundament für dauerhaften Frieden schaffen

gefördert durch das BMZ und das Stifterland Berlin
 Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Berlin, Berliner Rathaus und BMZ, 29./30. Mai 2018 (eintägige Fachkonferenz mit Vorabend-Veranstaltung)

sef: Mitwirkung am Deutsche Welle Global Media Forum

Internet Freedom and Net Neutrality at Stake. How to defend digital rights?

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance
 Veranstalter: Deutsche Welle
 Bonn, WCCB, 13. Juni 2018 (1 1/2-stündiger Workshop)

sef: Policy Lunch

Global Food Governance. How can the EU lead the way?

gefördert durch das Stifterland NRW
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Brüssel, NRW-Landesvertretung, 12. Juli 2018

Der sef: Beirat im Gespräch 2018 / Parl. Abend im Berliner Abgeordnetenhaus

«Nachhaltige Bundeshauptstadt» mit globaler Verantwortung?

Berlins Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Berlin (Abgeordnetenhaus), 11. September 2018

sef: Länderworkshop Nachhaltige Entwicklung 2018

Von der Agenda 2030 zum Politikwandel. Narrative, Anreize und Strukturen

gefördert durch das Land Hessen
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Wiesbaden, 18.-19. September 2018

International sef: Expert Workshop 2018

Goodbye to elitism: Anchoring global governance in societies

in Kooperation mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen
 gefördert durch das Stifterland NRW
 Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance
 Duisburg, 25./26. September 2018

sef: Policy Lunch

Sharing responsibility. The UN Global Compact on Refugees and its implications for Europe

gefördert durch das Stifterland NRW
 Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
 Brüssel, NRW-Landesvertretung, 22. November 2018

Bonn Symposium 2018

Lokale Entwicklung neu denken.

Wie gelingt der Wandel hin zu Nachhaltigkeit?

in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Engagement Global, sowie gefördert durch das Stifterland NRW und die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Bonn, Deutsche Welle, 28./29. November 2018

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2018

Globale Trends. Analysen (deutsch/englisch)

Globale Trends. Analysen 01|2018

Kooperation in einer post-westlichen Welt: Herausforderungen und Perspektiven

Michèle Roth/Cornelia Ulbert, Februar 2018

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Globale Trends. Analysen 02|2018

Der UN-Sicherheitsrat: Vom Relikt des 20. Jahrhunderts zum effektiven Element der globalen Sicherheitsarchitektur

Jakkie Cilliers, Februar 2018

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Globale Trends. Analysen 03|2018

Die globale Flüchtlingskrise: Wie eine gerechte Antwort aussehen könnte

B.S. Chimni, Juli 2018

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Global Governance Spotlight (deutsch/englisch)

Global Governance Spotlight 1/2018

Wirtschaft und Menschenrechte.

Herausforderungen bei den Verhandlungen über ein UN-Abkommen

Carlos Lopez, Februar 2018

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Global Governance Spotlight 2/2018

Global Food Governance. Zwischen mächtigen Konzernen und verletzlicher Demokratie

Nora McKeon, Februar 2018

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Global Governance Spotlight 3/2018

Sustaining Peace. Kann ein neuer Ansatz die UN verändern?

Cedric de Coning, April 2018

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Global Governance Spotlight 4/2018

Die Globalen Pakte für Flüchtlinge und Migration.

Verantwortlichkeiten und politische Implikationen.

Elsbeth Guild, November 2018

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Sonderpublikation

Essayband zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler

Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs

April 2018

sef: insight (englisch)

sef: insight 1|2018

“Young people all over the world need to get political”

Interview mit Hajer Sharief aus Libyen

März 2018

sef: insight 2|2018

“The alternative to democracy is democracy”

Interview mit Professor Samir Kumar Das aus Indien, März 2018

sef: insight 3|2018

“Mining in Africa has not worked for its people”

Interview mit Nkateko Chauke zu einem Grundeinkommen im südlichen Afrika, Mai 2018

sef: insight 4|2018

“Women are underrepresented in social insurance”

Interview mit Raquel Tebaldi zur Rolle von Gender in sozialer Sicherung, Mai 2018

sef: insight 5|2018

“The media have a very big role in promoting social cohesion”

Interview mit William Tayeebwa über konventionellen und Friedensjournalismus, Juni 2018

sef: insight 6|2018

“Journalists find themselves in a tight corner”

Interview mit Rev. Geraldine Fobang über lokalen Journalismus in bewaffneten Konflikten, Juni 2018

sef: insight 7|2018

„We are targeting women because they can actually influence decision-making“

Interview mit Professor Jurma Aming Tikmasan über die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen, Juni 2018

sef: insight 8|2018

„City governments should be the agent of local communities“

Interview mit Prof. Dr. Anél du Plessis über die Grundlagen des Narrativs von der “global urban governance“, Oktober 2018

sef: insight 9|2018

„A sustainable city needs sustainable institutions“

Interview mit Ahmed AbuLaban über Ramallah als regionales Modell für Nachhaltigkeit, Dezember 2018

sef: insight 10|2018

„We have to create demand for better governments“

Interview mit Namhla Mniki-Mangaliso über die Stärkung der Zivilgesellschaft in Afrika, Dezember 2018

sef: insight 11|2018

„We are the voice of young people in urban sustainability“

Interview mit Nick Ngatia über Nairobi Urban Creators, Dezember 2018

sef: insight 12|2018

„It’s not a project, it’s a way of life“

Interview mit Colisile Tfwala über die Einbindung der Wirtschaft für lokale nachhaltige Entwicklung, Dezember 2018

Mit Ausnahme der sef: insight 3|2017 sind alle Ausgaben auch als Video-Interviews verfügbar.

Jahresbericht

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2017

Jahresbericht

sef:/INEF News (deutsch/englisch)

Im Jahr 2018 sind 8 Ausgaben der sef:/INEF News in folgenden Monaten erschienen: Februar, März, Mai, Juli, September, Oktober, November und Dezember.

Ferner wurden 3 Sonderausgaben der sef:/INEF News veröffentlicht:

1. Dresdner Forum für Internationale Politik, Februar 2018
2. GLOBALE TRENDS. ANALYSEN, März 2018
3. Sustainable Development Goals (SDGs), nur in deutscher Sprache, April 2018

the \mathbb{R}^n is a linear space over \mathbb{R} with the usual addition and scalar multiplication. The inner product is defined by

$$\langle x, y \rangle = \sum_{i=1}^n x_i y_i \quad (1)$$

where $x = (x_1, \dots, x_n)$ and $y = (y_1, \dots, y_n)$. The norm of x is defined by

$$\|x\| = \sqrt{\langle x, x \rangle} = \sqrt{\sum_{i=1}^n x_i^2} \quad (2)$$

The distance between x and y is defined by

$$d(x, y) = \|x - y\| = \sqrt{\sum_{i=1}^n (x_i - y_i)^2} \quad (3)$$

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

The set of all points x such that $\|x\| = r$ is a sphere of radius r centered at the origin. The set of all points x such that $\|x\| \leq r$ is a closed ball of radius r centered at the origin.

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org |  @sefbonn

www.sef-bonn.org